

# Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporture sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Ankündigungen müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Beilage kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 30.

Sonntag, den 23. Juli.

1905.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## Die verunglückte Reichsfinanzreform.

Seitdem Miquel die Reichsfinanzen inspizierte, prüft das Projekt einer Reichsfinanzreform im Reichsschatzamt, ohne daß es je feste Gestalt angenommen hätte. Nebelhaft tauchte es auf, wenn die Ebbe in den Reichsfinanzen gar zu fühlbar wurde. Zunächst ließ jedoch Miquel das Phantombauwerk aufsteigen, als er der Sucht verfallen war, Steuern auf Vorrat zu schaffen.

Für die Militärvorlage vom Jahre 1893 sollte eine Tabakfabriksteuer vorgeplant kommen, die ebenfalls ein Projekt Miquels, im Reichstag abfiel. Der schlaue Finanzier kann dann auf andere Pläne, um den Geldzufluß in die Reichskassen zu steigern. Merkwürdig — Miquel war nur preussischer Finanzminister, aber er kommandierte die Reichsschatzsekretäre, die in seiner Amtierungszeit wechselten. Ihm, der die preussischen Finanzen glänzend in die Höhe gebracht hatte, traute man auch das Kunststück zu, die Finanzen des Reichs zu heben. Da trat er mit dem Plan einer Reichsfinanzreform hervor, die nur Lockmittel war, um die Finanzminister der Einzelstaaten zu neuen Steuerplänen geneigt zu machen. Die Matrikularbeiträge mußten natürlich um so höher steigen, je tiefer die Ebbe in den Reichskassen sank. Dieser Umstand belastete die Finanzen mancher Einzelstaaten schwer. Davon befreit zu werden, mußte den partikularistischen Finanzministern willkommen sein. Hierauf baute Miquel seinen Plan. Er entrierte die bekannte Finanzministerkonferenz in Frankfurt a. M., ipiegelte seinen Kollegen dort eine Steuerfülle vor Augen, die Abhilfe bringen werde, und errang damit ihre prinzipielle Zustimmung zu einer geheimnisvollen Reichsfinanzreform, die getroffen dem Laienverständnis Miquel überlassen wurde, weil man ihm die Hererei zutraute, neue ertragsreiche Steuern durchzudrücken. Denn um etwas anderes handelt es sich bei der sogenannten Reichsfinanzreform nicht.

Nun wälzt sich seit einem Jahrzehnt dieser Plan in den Köpfen der Reichsschatzsekretäre herum. Einer ging, ein anderer kam, aber keiner konnte den Zauber lösen, der mehr Geld, viel Geld in die Reichskassen bringen soll. Und die Finanzminister der Einzelstaaten kratzen sich immer ängstlicher hinter den Ohren, wenn ihnen der Reichsetat jährlich vorfährt, wieviel mehr sie an Matrikularbeiträgen abzuführen hätten. Endlich — als Miquel längst seinem Gaukelwerk durch Verabredung von dieser Welt Valet gesagt hatte — entdeckte man ein Genie, das der hinterlassenen Idee Blut und Leben geben sollte — Freiherrn v. Stengel.

Im Schweige seines Angeichts quält sich nun der Unselige seit seinem Amtsantritt ab, das Werk zu vollbringen. Zu dem Zwecke ins Reichsschatzamt berufen, steht und fällt er mit dem Plane, und er wird wohl bald fallen. Unter seinen Händen entstanden feitere Formen — neue Steuerpläne. Er stellte alle gesetzesgebenden Faktoren, auch die Finanzminister der Einzelstaaten, vor die Alternative: Neue indirekte oder direkte Reichssteuern! Als indirekte Reichssteuern empfiehlt er in erster Linie Bier und Tabak, zunächst aber steigert er das Mißvergnügen der Besitzenden durch das Projekt einer Reichserbschaftsteuer, damit sie sich, falls das nicht durchzudrücken ist, mit um so größerem Eifer für indirekte, die Volksmassen auspöpernde Steuern ins Zeug legen sollen.

Mit dieser unzweideutigen Deklaration des Reichsfinanzreformprojektes ist das Phantombauwerk zerfallen; vor uns liegen neue Anforderungen an die Steuerzahler, die man nicht als eine Finanzreform bezeichnen kann, wenn man den Begriff nicht in sein Gegenteil umdeuten will. Geling es, neue Steuern zur Genüge zu schaffen, dann könnte günstigstenfalls eine Milderung in der Ableistung der Matrikularbeiträge vorgenommen werden, aber eine Finanzreform ist das nicht; denn eine Reform soll entlastend nach allen Richtungen wirken, mit dem Miquel-Stengelschen Projekt aber würden vielleicht die Finanzen der Einzelstaaten nur etwas günstiger gestaltet auf Kosten der gesamten Reichsbürger, die um so schwerer belastet würden, weil die neuen Steuern nicht nur den Ausgleich zwischen Reich und Einzelstaaten bewirken, sondern noch einen großen Ueberchuß für das Reich abwerfen sollen. Hole der Teufel so eine „Finanzreform“!

Ueber diesem schönen Werke brütet also Freiherr von Stengel. Gegen die von ihm offiziös in Vorschlag gebrachte Reichserbschaftsteuer wehren sich die Kapitalisten mit Nägeln und Zähnen, und gegen die Erhöhung der Steuern auf Bier und Tabak haben sich die betreffenden Industrien gerüstet und können jeden Augenblick ihre Arbeiter und die gesamte Konsumentenschaft mobil machen. Da sitzt nun der Freiherr zwischen zwei Feuern. Zum offenen Kampfe ließ er es nicht kommen, weil das sofort den Bruch und seine Demission zur Folge gehabt hätte.

Im latenten Kampfe sind es aber gerade Finanzminister der Einzelstaaten, allen voran der preussische Finanzminister v. Rheinbaben, der Nachfolger Miquels, die sich gegen direkte Reichssteuern unter allen Umständen wehren. Daher schleppt sich Herr v. Stengel nur mühsam durch die letzte Reichstagsession, in der man dem Reichstage mehrfach die baldige Vorlage zu einer Reichsfinanzreform in Aussicht gestellt hatte.

Angeblieh zog sich die Sache wegen formeller Schwierigkeiten hin, in Wahrheit liegen die Schwierigkeiten auf prinzipiellem Gebiet. Man vertröstete den Reichstag bis zum Herbst; er sollte nach offiziösem Geschehen deshalb möglicherweise schon im Oktober einberufen werden, woran keiner glaubte, der die Dinge kennt. Fest ist auch diese Version zertrübt; lesthin wurde offiziös gemeldet, wegen der Schwierigkeiten, die die Finanzreform biete, werde der Reichstag wahrscheinlich erst im November einberufen werden. Plausibel! So zieht man den Reichstag, den man Ende Mai plötzlich schuldbühnenhaft nach Hause schießt, an der Nase herum. Er hat es verdient, denn mit der Reichsfinanzreform läßt er sich schon ein Jahrzehnt öffnen.

Mit diesem sauberen Projekt ist es nunmehr also zu Ende. Da prinzipiell sich die Vertreter der Einzelstaaten im Bundesrat gegen direkte Reichssteuern stemmen, bleibt dem Reichsschatzsekretär nichts anderes übrig, als entweder vom Reichstag neue indirekte Steuern zu verlangen oder zu erklären, daß die „Reichsfinanzreform“ unerledigt bleibe. In dem einen wie dem andern Falle wird er wohl sein Bündel schnüren müssen. Es deutet auch alles darauf hin, daß man dem Herrn v. Stengel nur eine Frist bis zum Herbst gegeben hat, denn der Antagonismus zwischen ihm und dem preussischen Finanzminister ist zu scharf und zu bekannt, als daß seines Bleibens sein könnte. Doch das ist weniger bedeutungsvoll, einer geht, ein anderer kommt.

Die Hauptsache ist, daß sich das steuerzahlende Volk nicht durch die Phrase einer Steuerreform gefangen nehmen läßt. Steuerreformen im Sinne der Regierungen bedeuten nichts mehr und nichts weniger, als die Auferlegung neuer Steuern, darüber muß man sich klar werden. Was aber gerade die Reichsfinanzreform, die ebenfalls nichts anderes bezweckt, gegenwärtig als einen ungeheuren Humpen erscheinen läßt, das ist die Tatsache, daß, noch ehe der neue Zolltarif in Kraft ist, von dem die Reichsregierung höhere Einkünfte bis zum Betrage von 200 Millionen Mark erwartet, dem Volke schon wieder neue Steuern aufgebürdet werden sollen. Gelänge das und trügen neue indirekte Steuern im Verein mit dem Zolltarif zur Verteuerung der Lebensmittel bei, dann müßte die Wirkung im wirtschaftlichen Betriebe eine verheerende sein.

Die Reichsfinanzreform ist verunglückt, mögen nun die neuen Steuerprojekte, die im Schoße der Regierung ruhen, ebenfalls verunglücken.

## Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1904.

Das Institut der Arbeitersekretariate ist noch verhältnismäßig jung; das älteste Sekretariat, das in Nürnberg, welches für alle späteren derartigen Gründungen als Muster anerkannt wurde, ist erst im Jahre 1894 errichtet worden. Vorher bestand wohl schon seit dem Jahre 1889 eine ähnliche Einrichtung in Berlin als Rechtsanwaltsstelle der Berliner Gewerkschaftskommission, doch hatte dieselbe im Reiche wenig Beachtung gefunden. Im Jahre 1897 erfolgte die Gründung des Arbeitersekretariats in Stuttgart, in den folgenden Jahren vermehrten sich die Arbeitersekretariate immer stärker, so daß bis zum Schlusse des Jahres 1904 ihre Zahl auf 50 angewachsen ist. Seit dem Jahre 1901 gibt die Generalkommission eine Statistik der Arbeitersekretariate heraus und ist die vierte derartige Statistik in Nr. 22 des Korrespondenzblattes veröffentlicht.

Von den 50 Sekretariaten, die im Auskunft ersucht worden sind, haben 48 Berichte eingesandt, darunter waren 10, die im Berichtsjahr neu errichtet wurden. Von zwei Sekretariaten, denen in Würzburg und Landshut, waren Berichte nicht zu erlangen.

Der Zweck der Arbeitersekretariate ist in erster Linie die Auskunftserteilung, hauptsächlich in Rechtsfragen, und die Anfertigung der notwendigen Schriftsätze. Ein großer Teil der Arbeitersekretäre vertritt auch die Rechtsuchenden vor Gericht und beschäftigt sich daneben noch mit statistischen Arbeiten. Dabei hat sich gezeigt, daß die Errichtung von Arbeitersekretariaten vielfach einem wirklichen Bedürfnis entsprungen ist, ist doch die Zahl der Auskunftsuchenden im Jahre 1904 auf 226 260 angewachsen, darunter 8635 selbständige Gewerbetreibende. Die Mehrzahl der Sekretariate erteilt Auskunft an jedermann, dagegen wird von 16 Sekretariaten nur an organisierte oder nicht organisationsfähige

Personen Auskunft erteilt. Wenn man erwägt, daß die Sekretariate in der Hauptsache aus den Beiträgen der organisierten Arbeiter erhalten werden, dann wird man der Verweigerung der Auskunft an Unorganisierte die Berechtigung nicht verargen können. Ueberall wird sich aber dieser Grundsatz nicht durchführen lassen, denn in einigen Orten dienen die Arbeitersekretariate neben ihrer eigentlichen Aufgabe noch dem Zwecke, Mitglieder für die gewerkschaftlichen Organisationen zu werben. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß überall dort, wo der letztere Zweck besonders in Betracht kommt, die Auskunft an jedermann ohne Rücksicht auf die Organisationszugehörigkeit erteilt wird. So wird im Sekretariat in Kattowitz, das wesentlich dazu dienen soll, die gewerkschaftliche Organisation zu fördern, nur an Organisierte oder Nichtorganisationsfähige Auskunft erteilt, weil sich gezeigt hat, daß es nicht genügt, dem Rechtsuchenden die Verpflichtung aufzuerlegen, sich der Organisation anzuschließen. Es dürfte wenig Industriearbeiter in Oberschlesien geben, die nicht Kenntnis von dem Vorhandensein der Organisationen haben, und liegt kein Grund vor, Leuten, die keine Neigung zeigen, sich zu organisieren, die Vorteile aus den Einrichtungen der Organisation genießen zu lassen.

Von den erteilten Auskünften entfallen auf Angelegenheiten der Krankenversicherung 12 278, Unfallversicherung 40 741, Invalidenversicherung 12 748, auf Arbeitsstreitigkeiten 25 578, Lehrlingswesen 2210, Gefindevverhältnisse 5697, Arbeiterjudenfragen usw. 4112, auf Forderungen 13 451, Ehe-, Vormundschafts- und Alimentenfachen 14 128, Erbrechtsfragen 6487, Wohnungsangelegenheiten 13 863, Haftpflicht- und Zivilprozessen 9075, Pfändung, Lohnbeschlagnahme usw. 9006, auf Strafsachen 15 526, auf Fragen der Arbeiterbewegung 3380, auf Steuerfachen 6793, Gemeinde-, Staatsbürger- und Wahlangelegenheiten 6998, Armen- und Schulwesen 3822, Militärangelegenheiten 1910 ferner auf Gewerbe- und Privatversicherung 5818, auf Sonstiges 10 253 Auskünfte. Es ist also ein sehr vielseitiges Gebiet, das die Arbeitersekretariate zu bearbeiten haben. Verhältnismäßig am stärksten werden die Sekretariate durch die Auskünfte auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung in Anspruch genommen, und hier sind es besonders die Unfallsachen, die bedeutende Arbeit verursachen. Auf diese Sachen beziehen sich auch die meisten der angefertigten Schriftsätze. Es ist bekannt, daß die unfallschaden Arbeiter fast regelmäßig einen hartnäckigen Kampf um die Rente führen müssen; die meisten von ihnen ständen den mit allen Waffen bewaffneten Beamten der Berufsgenossenschaften hilflos gegenüber, wenn ihnen nicht in der Person des Arbeitersekretärs ein sachkundiger und energischer Berater zur Seite stünde.

Die Arbeitersekretariate sind in ihrer Mehrzahl Gründungen der örtlichen Gewerkschaftskartelle, in 22 Fällen werden sie auch direkt von den Gewerkschaftskartellen verwaltet, während in 24 Orten für die Verwaltung der Sekretariate eine besondere Kommission gebildet ist. Das Sekretariat in Oberhausen ist vom Bergarbeiterverband errichtet und untersteht der Kontrolle des Verbandsvorstands. Das Sekretariat in Jena wird von dem Verlag des Jenaer Volksblattes erhalten und untersteht der Kontrolle des Gewerkschaftskartells.

Die Kosten der Arbeitersekretariate werden in der Hauptsache durch die Beiträge der örtlichen Zahlstellen der Gewerkschaften aufgebracht, und zwar wird in den meisten Fällen ein auf den Kopf des Mitglieds berechneter Beitrag speziell für diesen Zweck erhoben. Die Höhe dieses Beitrags wird wesentlich beeinflusst durch die Zahl der Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften, er schwankt zwischen 10 Pfg. pro Mitglied und Jahr in Berlin und 2 60 Mk. in Göttingen.

Aus Arbeiterunternehmungen erhalten 11 Sekretariate bestimmte Zuwendungen. Nur ein Sekretariat, das in Gotha, erhält vom Staate einen Zuschuß von 2000 Mk. jährlich. Zwei Sekretariate erhalten ihre Ausgaben aus der Kasse der Generalkommission vollständig gedeckt und eines erhält aus dieser Kasse und der des Metallarbeiterverbandes Zuschüsse. Die Gesamteinnahme der 36 Sekretariate, die eine besondere Kasse führen, betrug im letzten Jahre 184 522 Mk. Davon kamen aus Beiträgen der Mitglieder 151 768 Mk., aus Arbeiterunternehmungen 14 139 Mk., aus der Kasse des Staates 2000 Mk. Die sonstigen Einnahmen betrugen 12 781 Mk. und 3830 Mk. wurden als Entschädigung für die Auskunftserteilung von Interessenten gezahlt. Im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen ist also der letztere Betrag verhältnismäßig klein.

Die Ausgaben betragen bei 37 Sekretariaten, die eine laufende Kasse führen, und dem Mannheimer Sekretariat, dessen Ausgaben aus der Kartellkasse gedeckt werden, 156 374 Mk. An Gehälter und Entschädigungen wurden 98 026 Mk., für Bureaumiete 12 930 Mk., für Beleuchtung,



Heizung und Reinigung 6228 Mk., für Bücher und Drucklochen 16389 Mk. verausgabt.

Die Erfolge der Arbeitersekretariate in den von ihnen vertretenen Klagen lassen sich ziffernmäßig schwer feststellen, da die Rechtssuchen vielfach unterlassen, das Sekretariat über den Ausgang des Streitfalls zu unterrichten. Auf Grund der gemachten Angaben wurden folgende Feststellungen gemacht, die aber auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben: Von 31 Sekretariaten konnte für insgesamt 1641 Fälle ein günstiger Ausgang registriert werden. Davon betrafen 954 Fälle Unfallsachen, 144 Fälle Invalidensachen, 454 Fälle Rechtsstreitigkeiten vor den Gewerbe-gerichten, 7 Fälle Knappheitsachen und 82 Fälle Angelegenheiten in Zuständigkeit der Gewerbeaufsicht. Es ist anzunehmen, daß der Erfolg für die Arbeiter in Wirklichkeit ein weit günstigerer ist, und es wäre lebhaft zu wünschen, daß die Arbeiter den Sekretariaten von dem Ausgang der Streitigkeiten, in denen diese ihnen Rechtshilfe gewährten, regelmäßig Mitteilung machen.

Der kurze Auszug, den wir vorstehend aus der interessanten Statistik der Arbeitersekretariate gegeben haben, zeigt, welche wertvolle Arbeiten diese Institute im Interesse der Arbeiter leisten. Indem die Gewerkschaften Sekretariate gründen und unterstützen, erweisen sie sich selbst den besten Dienst, denn schon die Existenz eines Arbeitersekretariats allein ist ein Mittel der Propaganda für die Organisationen, abgesehen von der direkten Agitations-tätigkeit, welche die Sekretariate entfalten. Der Reich hat verschiedentlich veranlaßt, daß Konkurrenzinstitute von christlichen und Kirch-Dumkerischen Gewerkschaften errichtet wurden; auch mehrere Stadtgemeinden haben sogenannte Auskunftsbüros errichtet, um den von der organisierten Arbeiterkraft unterhaltenen Arbeitersekretariaten das Wasser abzugraben. Diese Konkurrenz hat jedoch noch kein Sekretariat genötigt, seine Tätigkeit einzustellen; im Gegenteil, die Zahl der Arbeitersekretariate vermehrt sich von Jahr zu Jahr, und ebenso nimmt auch die Zahl der Auskunftsuchenden ständig zu.

## Rundschau.

**Zur Revision des Krankenkassengesetzes.** Wie die Frankfurter Zeitung schreibt, erstiere eine Denkschrift über die Revision des Krankenkassengesetzes, die in allgemeinen Zügen die Grundgedanken der künftigen Vorlage enthält und die seit wenigen Wochen dem Reichsamt des Innern vorliegen dürfte. Ob dieses sich für diese Revision entscheidet und in der nächsten Session eine Vorlage einbringen wird, wie es allerdings von maßgebenden Stellen gewünscht wird, ist noch nicht bekannt. Uebrigens sei es falsch, daß die Revision der Krankenkassengesetzgebung lediglich Maßnahmen treffen werde, die gegen den Mißbrauch der Sozialdemokratie mit den Krankenkassen gerichtet sind. Die Denkschrift enthalte vielmehr „die Grundlagen für einen gemeinsamen Unterbau oder eine Zusammenlegung der Kranken- und der Invaliditätsversicherung, und die hauptsächlichste Aenderungen, die sie in Bezug auf die Verteilung der Beiträge auf Arbeiter und Arbeitgeber und die daraus sich ergebende Vertretung beider in der Verwaltung vorschlägt, entsprechen Wünschen, die seit Jahren von den Sozialpolitikern der großen Parteien und auch von der Sozialdemokratie selbst kundgegeben worden sind.

Eine andre Meldung lautet: Die Arbeiterrechte in den Krankenkassen sollen gemeinlich werden. Das Selbstverwaltungsrecht soll vernichtet werden. Ueber das Wie scheint man sich noch nicht recht klar zu sein. Nach der Preussischen Korrespondenz soll die Aenderung als wesentlichstes die Einschränkung des Wahlrechts zu den Kassenvorständen bringen. Das aktive und passive Wahlrecht soll an ein höheres Alter gebunden werden als bisher, weiter soll die geheime Wahl beibehalten werden.

Nach den Hamburger Nachrichten sind an der zuständigen behördlichen Stelle die Arbeiten an der Aenderung der Krankenkassenorganisation wieder aufgenommen worden. Ob jedoch schon in der nächsten Reichstagsstagung ein hierauf bezüglicher Gesetzesentwurf vorgelegt werden oder ob man mit dieser Aenderung warten wird, bis die einheitliche Organisation der gesamten Arbeiterversicherung angeregt werden wird, siehe nicht fest. Also, der Zeitpunkt und die Einzelheiten der neuen reaktionären Tat stehen noch nicht fest, daß man aber unüberzüglich an reaktionäre Werk gehen will, kann als sicher angenommen werden.

**Das Koalitionsrecht der Eisenbahner** tritt die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen immer von neuem mit Füßen. Die neueste Tat in dieser Hinsicht ist die folgende Bekanntmachung, die in den Verköstigten der Staatsbahn angeschlagen worden ist:

In den letzten Monaten haben in Chemnitz, im Plauenischen Grunde und zuletzt in Dresden und Leipzig mehrfach Arbeiter wegen Beteiligung am Verband der Eisenbahner (Sich Hamburg) aus dem Dienste der Staatseisenbahn-Verwaltung entfernt werden müssen. (!) Unter den entlassenen Arbeitern befanden sich leider mehrere Mitgliedervertreter und Vorstandsmitglieder der Betriebskrankenkasse und Arbeiterpensionskasse, ein solcher Vertreter hat es sogar mit seinen Pflichten als Arbeiter der Staatseisenbahn-Verwaltung für vereinbar gehalten, eine schließlich der polizeilichen Auflösung verfallende Versammlung von Mitgliedern des Verbands der Eisenbahner Deutschlands in Leipzig als Vorsitzender mit zu leiten. Mit der Tätigkeit der Arbeiter als Mitgliedervertreter oder Vorstandsmitglieder der Betriebskrankenkasse und Arbeiterpensionskasse sieht die Entlassung in keinem Falle in irgendeinem ursächlichen Zusammenhange. Unter Hinweis auf die Verordnungen 812 im Amtsblatt vom 12. Dezember 1899 und 188 im Amtsblatt vom 12. September 1903 wird nochmals vor jeder Beteiligung am Verband der Eisenbahner Deutschlands mit dem Bemerkung gewarnt, daß sie unzulässig die Entfernung aus dem Staatseisenbahndienste zur Folge hat.

Dresden, den 10. Juli 1905.

Stgl. Generaldirektion der Sächs. Staatseisenbahn.  
v. Kirchbach.

Mit solchen Maßnahmen muß die Generaldirektion der Staatsbahn nur die Erbitterung unter den Eisenbahnern steigern und so eine Stimmung vorbereiten, die einem weiteren Anwachsen des Eisenbahnerverbandes außerordentlich günstig ist.

**Zur Lage des deutschen Arbeitsmarktes.** Alle Befürchtungen, die gegen die durchgreifende Besserung des generellen Beschäftigungsgrades im Jahre 1905 geltend gemacht wurden, müssen, wie die Arbeitsmarkt-Korrespondenz schreibt, gegenüber der günstigen Gestaltung des Arbeitsmarktes im Monat Juni verstummen. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage an den öffentlichen Arbeitsnachweisen Deutschlands im Juni war während der letzten fünf Jahre niemals so günstig wie im laufenden Jahre. Dabei ist die Besserung von 1904 auf 1905 besonders beträchtlich. Es kamen nämlich auf je 100 offene Stellen im Juni des laufenden Jahres 113,4 Arbeitsuchende gegen 124,1 im Parallelmonat des Vorjahres. An dem Arbeitsmarkt für Männliche ging der Andrang von 144,1 im Vorjahr auf 131,5 im laufenden Jahre zurück; am Arbeitsmarkt für Weibliche von 80,2 auf 76,8. Diese Abnahme des Andrangs ist um so bemerkenswerter, als die beiden letzten Monate und namentlich der Monat Mai gezeigt hatte, daß das Neuangebot von Arbeitern im laufenden Jahre ausnahmsweise stark ist.

**Von der Rechtspredung zur Arbeiterversicherung** ist in letzter Zeit vielfach behauptet worden, daß sie einen „Nack nach rechts“ vollziehe. Man kann sich dieses Gefühls nicht erwehren, wenn man die Begründung eines Urteils hört, das kürzlich das Landesversicherungsamt in Dresden gefällt hat und das jetzt im Wortlaute vorliegt. Die Arbeiterin einer Tuchfabrik suchte den Trockenraum der Fabrik auf, um in diesem ihren Kaffee zu wärmen. Dieser Raum ist durch einen dunklen, etwa 2 1/2 Meter langen Vorraum erreichbar. In diesem stürzte die Arbeiterin und schlug sich auf die unteren Latten hinführenden Wärmeröhren auf. Das Betreten der Räume ist zum Zwecke des Kaffeewärmens verboten, das Verbot ist aber nicht offen ersichtlich, auch ist ein Zuwiderhandeln bisher nicht bestraft worden. Die Arbeiterin hat also in dem guten Glauben den Raum betreten, daß dies erlaubt sei. Sie wurde durch den Unfall um zierl ein Drittel ihrer Arbeitsfähigkeit beraubt. Die Sächsische Textilberufsgenossenschaft lehnte jedoch jedwede Entschädigung ab, ebenso das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung und am 13. Mai auch das Landesversicherungsamt. Letzteres läßt in seinem Urteil die Frage offen, ob durch das Zuwiderhandeln gegen das Verbot der Unfall „vorläufig“ herbeigeführt worden sei. Es kommt zu seinem abnehmenden Urteil deshalb, weil die Klägerin einer „allgemeinen Gefahr“ erlegen sei, die ihr auch außerhalb des Betriebes überall drohen könne. Das Urteil übersieht zunächst, daß gerade die eigentümlichen Verhältnisse des Betriebes, in dem der Unfall geschah, diesen herbeigeführt, mindestens aber seine Schwere bedingt haben. Abgesehen hiervon, hat aber jede Verletzung, die im Betriebe sich ereignet, als Betriebsunfall zu gelten, gleichviel obman sich diese Schädigung auch zu Hause oder sonstwo zuziehen könnte, denn das wird bei vielen Verletzungen der Fall sein. Unjres Erachtens steht die Entscheidung mit vielen Urteilen des Reichsversicherungsamtes in Widerspruch. Selbst wenn die Sache zweifelhaft gewesen wäre, hätte man sich zugunsten der Klägerin entscheiden werden, wie das in solchen Fällen immer in der Rechtspredung zur Arbeiterversicherung Brauch war.

**Kommunale Arbeitsnachweise.** Das sächsische Ministerium des Innern hat eine Verfügung an die Amtshauptmannschaften ergehen lassen, wonach in den Gemeinden die Einführung kommunaler Arbeitsnachweise angebahnt werden soll. Von den Unterbehörden ist die Verfügung mit entsprechenden Begleitschreiben an die Gemeindeverwaltungen weitergegeben worden, und es hat sich damit auch schon eine Anzahl Gemeindevertretungen beschäftigt. Die ministerielle Verfügung lautet nach der Sächsischen Arbeiterzeitung:

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise, der für die Ausbreitung der allgemeinen öffentlichen Arbeiternachweise im Deutschen Reich tätig ist und zu diesem Zwecke eine Unterstützung aus Reichsmitteln erhält, hat eine Förderung seiner Bestrebungen durch das Ministerium des Innern erbeten und dabei angeführt, daß seine Anregungen gerade im Königreich Sachsen verhältnismäßig wenig von Erfolg begleitet gewesen seien.

Da anerkannt werden muß, daß die Fürsorge für die Beschaffung geeigneter Arbeitsnachweise von großer volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung ist und mittelbar auch den Gemeinden dient, entspricht das Ministerium des Innern gern dem Ersuchen des Verbandes, indem es insbesondere den größeren Stadtgemeinden zur Erwägung gibt, die Errichtung solcher öffentlichen Arbeitsnachweise, soweit sie noch nicht bestehen, selbst in die Hand zu nehmen oder die Bildung von Vereinen anzuregen, die sich die Vermittlung von Arbeitsgelegenheit zur Aufgabe stellen und, da nötig, von Gemeinde wegen zu unterstützen sind.

Auf die Beteiligung von Arbeitgeber und Arbeitnehmern bei der Verwaltung und Beaufsichtigung der Arbeitsnachweise wird besonderer Wert zu legen sein.

Ueber die in den einzelnen Verwaltungsbereichen bestehenden öffentlichen Arbeitsnachweise und ihre Geschäftsergebnisse — soweit hierüber nicht im Reichsarbeitsblatt berichtet wird — wünscht das Ministerium des Innern näher unterrichtet zu sein und veranlaßt des halb die Amtshauptmannschaften, binnen Jahresfrist hierüber Bericht erstatten

Ministerium des Innern.  
(gez.) v. Meißh.

Die Verordnung bedarf keiner Erklärung. Es soll dadurch die Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage gefördert, das heißt die zu errichtenden Arbeitsnachweise sollen unter gleicher Berechtigung von Arbeitgebern und Arbeitern geleitet werden. Das steht freilich vorläufig nur auf dem Papier. Es fragt sich nur, wie die Sache in der Praxis gestaltet werden wird. Bei der Zusammensetzung der Gemeinderäte ist es leicht möglich, daß man versuchen wird, den Unternehmern bei diesen Arbeitsnachweisen ein Übergewicht zu sichern, oder es kann auch der Einfluß der Gemeindeverwaltungen oder sonstiger Behörden ein zu großer sein. In diesen Fällen wäre es leicht möglich, daß die Arbeitsnachweise gelegentlich Streikbrechervermittlungsbüros werden. Es liegt aber, bemerkt die Sächsische Arbeiterzeitung, für unsre Gemeindevertreter kein Anlaß vor, von vornherein eine prinzipiell ablehnende Haltung gegen die Anregung des Ministeriums einzunehmen. Unre Bemühungen müssen vielmehr dahin gehen, eine den Grundsätzen der Parität entsprechende Verwaltung der Arbeitsnachweise herbeizuführen. Wird dafür genügende Sicherheit gegeben, ist kein Anlaß vorhanden, sich gegen einen solchen kommunalen Arbeitsnachweis zu erklären. Die Garantien für strengste Gleichberechtigung der Unternehmer und der Arbeiter müssen gegeben sein; es müssen selbstverständlich auch die Arbeiterorganisationen als mitwirkende Faktoren in der Weise anerkannt werden, daß sie die Vertreter der

Arbeiter für den Arbeitsnachweis wählen. Entspricht aber die Verwaltung diesen Grundsätzen und Anforderungen nicht, dann müßten die Arbeiter allerdings eine ablehnende Stellung einnehmen. Im allgemeinen ist ein Eintreten für solche Arbeitsnachweise schon deshalb geboten, um zu verhindern, daß die Unternehmerorganisationen die Arbeitsvermittlung vollständig an sich reißen und diese Art Arbeitsvermittlung zu Streikbrechervermittlungsbüros machen.

**Dreizehn organisierte Tabakarbeiter** und zwei andere Sozialdemokraten wurden in Gainsburg, an der ungarischen Grenze, in den Gemeindeauschuss gewählt. Die Tabakindustrie ist die einzige am Orte, es ist eine staatliche Tabakfabrik dajelbst. Der Tabakarbeiter, unser österreichisches Bruderorgan, bemerkt dazu: „Die Gewählten werden in der Gemeindeklub keine Parteipolitik treiben, sondern die Interessen der Stadt Gainsburg und der arbeitenden Bevölkerung vertreten. Nicht brutale Gewalt wie in Wien, sondern das Recht soll in Gainsburg einen dauern den Sitz haben; darum begrüßen wir es, daß 15 Sozialdemokraten, davon 13 Tabakarbeiter, ihren Einzug in die Gemeindeklub halten. Jetzt gilt es, auch die gewerkschaftliche Organisation auszubauen und jene Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, welche noch abseits stehen, der Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen- und Arbeiter zuzuführen. Der Kampf ist zu Ende, die Arbeit beginnt. Regelmäßige Arbeit im Interesse und für das Wohl der Tabakarbeiterchaft.“

## Berichte.

**Erfurt.** Am 8. Juli tagte im Tivoli eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal; 2. Vortrag des Kollegen Bredehorn über Affordarbeit und Solidarität; 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas Kollege Leiste die Abrechnung, welche folgendes Resultat ergab: Einnahme 475,95 Mark, Ausgabe 426,13 Mark, Kassenbestand 49,82 Mark; Mitgliederbestand: 45 männlich, 26 weiblich, in Summa 71. Zum 2. Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Bredehorn. Am Schlusse seines interessanten Vortrags wurde ihm von der Versammlung allgemeiner Beifall gezollt. An der Debatte beteiligten sich die Kollegen Schnell und Wiesen, welche den Vortrag noch um sehr interessante Mitteilungen erweiterten. Auch Kollege Franzer schilderte treffend, wie die Behörden den Unternehmern gegenüber Solidarität bekundeten. Als er in Broterode war, hatte ein Fabrikant die Absicht, dorthin eine Fabrik zu verlegen, er wollte 6 Mark Lohn pro Tausend zahlen. Auf eine Anfrage beim dortigen Bürgermeister wurde dem Fabrikanten die Mitteilung gemacht, daß 6 Mark Lohn viel zu hoch sei, 3 Mark wären auch genug. Dieses Beispiel zeigt uns, daß wir um so mehr verpflichtet sind, Solidarität zu üben. Taurig ist es, daß in unserm Tabakarbeiter Leibe noch (Witte, nicht übertreiben. Das bezeichnete Inserat ist aus Versehen hineingeraten. Red.) Inserate Aufnahme finden, welche geeignet sind, uns in der Aufbesserung unserer wirtschaftlichen Lage zu hindern, wie es ein Inserat in Nr. 27 vom 2. Juli zeigt; in demselben heißt es: In einer Mittelstadt ist ein Grundstück mit hellen Räumen, gefestigt 30 Arbeiter zulässig, usw. wegen Todesfall zu verkaufen oder zu vermieten. Billige Arbeitskräfte und sämtliche Utensilien vorhanden. Die Versammlung protestiert entschieden gegen die Aufnahme solcher Inserate, indem sie erkennt, daß dieselben uns bloß schädigen, und verlangt von der Redaktion des Tabakarbeiters, solche Inserate zurückzuweisen. Es wurde ein von Kollegen Bredehorn gestellter Antrag einstimmig angenommen, daß derartige Inserate auf keinen Fall im Tabakarbeiter Aufnahme finden dürfen. Kollege Wiesen gibt weiter bekannt, daß eine Sammlung für einen kranken Kollegen in Lage betreffs Anschaffung eines Jahrsfuhs für denselben vorgenommen werden soll, was von der Versammlung genehmigt wurde. Des weiteren brachte Kollege Wiesen das Verhalten des Wirtes Leidel vor, betreffs der Lokalfrage, es wurde einstimmig beschlossen, daß, wenn uns nicht regelmäßig ein bestimmtes Lokal zur Verfügung gestellt wird, wir uns dann nach einem andern Lokal umsehen.

**Gera (N. J. L.).** Am Sonnabend, den 15. d. M., tagte eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung in der Löwenburg mit folgender Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung; 2. Halbjährlicher Geschäftsbericht und Vereinsangelegenheiten. Den 1. Punkt erledigte der 2. Bevollmächtigte durch Verlesen der Abrechnung und erläuterte die einzelnen Posten der Einnahmen und Ausgaben. An Beiträgen wurden vereinnahmt von weiblichen Mitgliedern 126,70 Mark, von männlichen 344,70 Mark, mithin ein Netto von 463,60 Mark. Ausgaben unter anderem Arbeitslosenunterstützung 12,80 Mark, Krankenunterstützung 62,55 Mark, für Agitation 17,60 Mark, an den Vorstand gefasst 300 Mark, usw. Die Abrechnung war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Der halbjährliche Geschäftsbericht war vervollständigt und an die anwesenden Mitglieder verteilt; er fand allseitige Anerkennung. Dann besprach man die Stellungnahme zur Generalversammlung; es wurde eine Kommission von 6 Mitgliedern gewählt, welche sich mit Anträgen zu befassen und diese der Versammlung vorzulegen hat. Auch die Kandidatenfrage wurde ventiliert und unser langjähriger 1. Bevollmächtigter, Gustav Kiezing, wurde von Gera für die 46. Wahlabteilung als Kandidat vorgeschlagen. Wegen vorgerückter Zeit mußte ein Vortrag des Kollegen Hugo Hartmann über: Die Arbeiter und die Wohnungsfrage zurückgestellt werden. Wir ersuchen die Mitglieder, die nächste Versammlung recht zahlreich zu besuchen. Die Zahlstelle Gera zählt jetzt 35 weibliche und 67 männliche Mitglieder.

## Briefkasten.

**Hassbach.** Anonyme Zuschriften finden keine Berücksichtigung.

## Deutscher Tabakarbeiterverband.

Von dem unterzeichneten Vorstand wird hiermit die **zwölfte ordentliche Generalversammlung** einberufen. Dieselbe findet am 2. Oktober 1905 und folgende Tage zu Leipzig, Volkshaus (früher Tivoli), Zeißer Straße 32, statt.

Die Tagesordnung lautet:  
1. Geschäftsbericht des Vorstandes und Ausschusses;  
2. Vorortskommissionen oder Gauleiter?  
3. Die Heimarbeit in der deutschen Tabakindustrie;  
4. Bericht über die Verhandlungen des fünften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands;  
5. Beratung aller auf Statutenänderung vorliegender Anträge;  
6. Beratung sonstiger Anträge;  
7. Wahl des Vorstandes, des Vorsitzenden des Ausschusses und der Delegierten zum nächsten allgemeinen Gewerkschaftskongress.  
Anträge zur Generalversammlung, welche in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen, müssen spätestens bis zum 10. September beim Vorstand eingereicht sein.



Die zu stellenden Anträge wolle man auf einem besonderen Vogen Papier, getrennt von sonstigen Mitteilungen, einreichen; das Papier, auf dem die Anträge bemerkt stehen, darf nur auf einer Seite beschrieben werden.

Die Delegiertenwahlen zur diesjährigen Generalversammlung haben an einem Tage des 12. bis einschließlich 20. August stattfinden. Etwa notwendig werdende Stichwahlen sind vom 2. bis einschließlich 10. September 1905 vorzunehmen.

Die Wahlergebnisse der Hauptwahlen sind bis spätestens den 22. August und die Wahlergebnisse der Stichwahlen bis spätestens den 12. September 1905 dem Vorsitzenden der Zentral-Wahlprüfungskommission einzufenden.

Wahlergebnisse, die nach dieser Zeit eingekandt werden, finden keine Berücksichtigung.

Die genaue Adresse des Vorsitzenden der Zentral-Wahlprüfungskommission wird in der nächsten Nummer unseres Organs bekannt gegeben werden.

Bremen. Der Vorstand.

## Vereinsteil.

### Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Altenhof, Mozartstr. 5, 1.  
Ausschub: O. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3.  
Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Antelmstr. 10.

Eingegangen: Gundelsheim 22,06 Mk., Köln 100 Mk., Heidingsfeld 50 Mk. — Sterbefälle: Ramiß 3,45 Mk., Heidingsfeld 10,35 Mk., Altona 56,63 Mk.

Zuschüsse: Koch 30 Mk., Wiebrich 100 Mk., Pojen 100 Mk., Dalberstadt 100 Mk. — Kranken- und Sterbegelder: 54,40 Mk. Hamburg, den 17. Juli 1905. B. Otto.

## Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.  
Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschub bestimmte Aufschriften sind an Heinrich Meißner, Hannover, Lauer Str. 1, II., zu adressieren.

## Bekanntmachung.

Die Bevollmächtigten und auch sonstige Kollegen, die die Adresse des Kollegen **Diedrich Teisau** aus Altona, geb. 14. 12. 1870, kennen, wollen uns umgehend davon Mitteilung machen. Derselbe arbeitete zuletzt in Bant (Oldenburg).

An die Bevollmächtigten und Kontrollen des Verbandes. Angesichts der im Oktober d. J. stattfindenden Generalversammlung des Verbandes ersuchen wir die Bevollmächtigten und Kontrollen dringend, umgehend die Abrechnung vom II. Quartal 1905 aufstellen und einreichen zu wollen.

Das Mitglied **Paul Friß** aus Goldberg erhielt auf sein Buch Ser. I, 1490 (aufgenommen am 1. 8. 87 in Zehdenitz) vom ersten Tage der Arbeitslosmeldung 3 Mk., desgleichen in Bernau 3 Mk. Beide Beträge müssen zurückgezahlt werden, weil sie, entgegen dem Statut, unrechtmäßig gezahlt sind. Man bemerke dies im Buch.

Der Zigarrenmacher **Emil Thiele** aus Hennesdorf in Brandenburg kam am 11. Juli d. J. mit einem alten Buche Ser. III, 22348 in Mühlberg zugereist, um Unterstützung zu haben. Das alte Buch, welches in unsern Händen ist, lautet aber auf Emil Thiele, geboren 18. April 1870 zu Heida (Kreis Belgitz?). Die Konstatierung werden muß, ist auf Thiele ein Thielemann gemacht, außerdem sind Jahreszahlen 1899 in 1905 umgeändert worden. Da mit Bestimmtheit feststeht, daß hier Schwindel vorliegt (möglicherweise ist das Buch irgendwo entwendet), warnen wir die Bevollmächtigten, sich in Acht zu nehmen und keinerlei Unterstützung zu veranlassen.

Das Mitglied **Ludwig Bliesnick**, Buch Ser. I, 19967, ist von Jastrów abgereist, ohne sich abzumelden. Derselbe muß 1 Mk. Strafe zahlen. Wenn die Strafe eingezogen, bitte im Buch einen Vermerk zu machen.

## Zur Generalversammlung.

Der Zentral-Wahlprüfungskommission gehören an: H. Blome, H. Herzberger, A. Menz, H. Peters, E. Rauch. Zum Vorsitzenden dieser Kommission wurde ernannt: **Emil Rauch**, Johannistamp Nr. 1a.

Alle Wahlergebnisse und alle auf die Wahl bezüglichen Beschwerden sind an vorstehende Adresse zu richten.

Berichtigung. Die erst kürzlich errichtete Zahlstelle **Borgstedt** gehört zum 15. Wahlkreis.

Berichtigung. Unter Bekanntmachungen des Vorstandes in Nr. 29 des Tabak-Arbeiter muß es heißen: **Franz Berchem** aus Luxemburg (statt Franz Beder) hat in Jossen zu Unrecht für drei Tage (3 Mk.) Arbeitslosenunterstützung zuviel erhalten, die zurückgezahlt werden müssen.

## Bremen. Der Vorstand.

Vom 12. bis 18. Juli 1905 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
Nr.	Mk.
10. Juli, Cöln	30.—
10. Burg b. Magdeburg	40.—
10. Groß-Steinheim	19.09
10. Brenzlau	100.—
10. Sommerfeld	50.—
10. Ramiß	100.—
11. Jossen	50.—
11. Barel i. D.	50.—
11. Guben	75.—
11. Gera	100.—
11. St. Jögen	60.—
12. Klein-Mühlheim	77.08
12. Forst	30.—
12. Frankenstein i. Schl.	25.—
12. Seckenheim	40.—
12. Zwenfau	15.—
13. Berlin	700.—
14. Sandhofen	40.—

**Adam Brasch** aus Orb, wo stichst Du? Um Deine Adresse bittet Dein Freund **Karl Geilert**, Döbeln, Klosterstraße 4. — Die Mitglieder werden gebeten, selbigen auf obiges aufmerksam zu machen oder mir dessen Adresse mitzutellen.  
Unsern Kollegen **Friedrich Freiwald** zu seinem am 20. Juli stattgefundenen Geburtstag unsere herzlichsten Glückwünsche.  
Die Kollegen der Zahlstelle Jossen.

Unsern Kollegen und langjährigen ersten Bevollmächtigten **Dominikus Wiesen** nebst seiner Frau zu ihrer am 17. Juli stattgefundenen silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.  
Seine Kollegen in Erfurt.  
Geb. 1. 25. 18. Volksbuchhdl. Leipzig.  
**Ratgeber f. Arbeiter.**  
**Ewalds Märchen** Volksbuchhandlung geb. Mk. 1.50.

15. Reip	150.—	17. Schwesingen	100.—
15. Pöschel	82.60	17. Otensen	400.—
15. Altona a. C.	281.15	17. Verben	200.—
15. Brotterode	9.40	17. Hamburg	250.—
16. Striegau	140.—	17. Bergeborf	40.—
16. Baugen	160.—	17. Wolfenbüttel	100.—
17. Borgloh	50.—	17. Froburg	80.—
17. Bernburg	170.—	17. Uslar	25.—
17. Naumburg	7.65	17. Leimen	30.—
17. Wörs a. Rh.	50.—		

## B. Freiwillige Beiträge:

10. Juli. Kauen, G. Bertowski	14.80
10. Friedeberg, G. Boff	2.55
10. Lahr, C. Kopp	10.70
10. Guben, C. Menzel	14.—
11. Halle a. S., P. Lorenz	1.20
11. Jossen, D. Kofow	6.—
11. Weisenfels, G. Koch	3.20
11. Lage und Schöttner, G. Heering	4.20
11. Gera, G. Kipping	25.—
11. Goldberg, H. Beer	6.75
12. Zwenfau, R. Weiland	6.50
12. Delitzsch, W. Hartmann	10.65
13. Münden i. Hann., H. Görtelmeyer	7.05
13. Wolgast, W. Röntgen	14.—
13. Schwedt a. D., N. Schmidt	22.—
13. Brenzlau, C. Stewert	12.15
14. Hamburg, W. Georges	55.55
15. Schwebus, W. Jenich	10.40
15. Pöschel, W. Kuchta	7.40
15. Schiffschiff, N. Nebenforb.	12.10
15. Braunschweig, C. Burgold	30.—
15. Waldheim, C. Hanc	26.50
15. Seckenheim, F. Kreisquar	3.—
15. Mühlhausen i. Thür., D. Brotsche	5.95
15. Altona a. S., H. Rathgeber	18.85
16. Bielefeld, H. Engels	22.75
17. Derlinghausen, J. Diehoff	13.—
17. Hannover, H. Grotzke	55.—
17. Fürstentum, A. Grünherz	8.—
17. Boizenburg, G. Pöhlisch	7.15
17. Bergedorf, J. Andriess	9.80
17. Sövel, H. Beck, 2. Mate	15.—
17. Ueterien, J. Gildsford	4.—
17. Meißner, A. Köpfer	4.55
17. Duisburg, G. Liebenrodt	27.60

Berichtigung. In Nr. 29 des Tabak-Arbeiter muß es unterm 9. Juli heißen: **Liebschütz 160 Mk.** statt 165 Mk.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.  
Erlaube die Herren Abwender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.  
Bremen, den 18. Juli 1905. **W. Nieder-Welland**, Kassierer.

## Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Einbeck**: Heinrich Reiter als 1. Bev.; Wilh. Walfert als 2. Bev.;  
Für **Erdmannsdorf**: Alb. Krause als 2. Bev., Mag. Klinge als 3. Bev.; Hugo Wirth als Kontrollen.  
Für **Forst**: Paul Kaufers als 1. Bev.  
Für **Goslar a. H.**: Karl Hartmann als 2. Bev.  
Für **Halle a. S.**: Franziska Nieringer, Ernestine Kahr als Kontrollen.  
Für **Offenburg**: Peter Haberer als 1. Bev., Adolf Litterst als 2. Bev., Karl Sator als 3. Bev.; Emil Born, Alex Wenkert und Joseph Reiter als Kontrollen.  
Für **Halle a. S.**: Gustav Schölz als 1. Bev.  
Für **Uslar**: Heinrich Meyner als 1. Bev.  
Für **Loche** bei Solingen: Johannes Schneiders als 1. Bev., Otto Sparrmann als 2. Bev.; Anton Korger als Kontrollen.

## Provisorisch aufgenommen sind:

Aug. Thiele aus Seesen a. H. (152)  
Bruno Hoffmann aus Zirke (z. N.), Rob. Tschirnschütz aus Dörow, Joh. Raquinä, Herm. Noak aus Zirke. (9)  
Mag. Werner aus Hamburg. (323)  
Thella Edardt, Elise Barbara Krah aus Salzung. (310)  
Karl Langner aus Baumgarten i. Schl. (124)  
Nikolaus Benz aus Seddesheim. (329)  
Bruno Winterstein aus Deuben (z. N.). (8)  
Karl Schulhausen aus Rehberg, Wilh. Schmieder aus Döslach, Pauline Neumeier aus Fischerbach. (160)  
Camilla Hartig aus Döhlen. (322)  
Anna Ritsche, Selma Weiskner aus Görlitz. (134)  
Luise Schneider aus Herzogswaldau, Reinhold Hoffmann aus Breslau. (36)  
Frida Kuntel aus Hannover, Markus Krantena aus ?, Rob. Könepape aus Hannover, Adolf Schwarz aus ?, Friedr. Ansel aus ?, Hanni Aldermann, Paul Sandhaus aus ?, Amalie Goldschmid, Dymant Gdal aus Hannover, Lina Kurland aus ?. (139)  
Emil Fuchs, Anton Münch aus Brotterode. (41)  
Klara Schubert aus Delitzsch. (162)  
Emma Kästner aus Woferschwender. (35)  
Joseph Burmer aus Lugenburg, Friedr. Binnewitt aus Döna- brück. (288)  
Ottilie Wiegner aus Brenzlau. (196)  
D. Heimsath aus Delmenhorst (z. N.). (467)  
H. Prznogdzki aus Bromberg. (392)  
Margareta Vieber aus Hanau, Matthäus Hüfnagel aus Hainstedt (z. N.). (159)  
Wilh. Unterkötter aus Döhlen. (289)  
Anna Wille, Albert Köpke, Albert Steinbring (z. N.), sämtlich aus Jastrów. (171)  
Karl Giehl aus Hemelingen, Ida Wörner aus Oberschopfheim, Eva Pfeffer, Friedrich Pfeffer aus Nuckloch, Johannes Deger, Georg Reinitz, Jakob Reinitz, Jakob Schäfer aus Leimen. (208)  
Jakobina Kübler, Barbara Kübler aus St. Jögen. (313)  
Emma Engel aus Hamwarde, Adolf Gutschmach aus Weissen an der Elbe. (22)  
Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

## Bremen. Der Vorstand.

## Wahl der Delegierten zur Generalversammlung betr.

**Offenburg.** Für den 58. Wahlkreis Peter Haberer in Offenburg.  
**Peterswaldau.** In der am 17. Juli abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde für den 3. Wahlkreis unser 2. Bev. Albert

Kunze in Vorschlag gebracht und ersuchen die Mitglieder der anderen Zahlstellen, welche zum 3. Wahlkreis gehören, denselben bei der stattfindenden Delegiertenwahl die Stimme zu geben.

**F. A. Der Bevollmächtigte.**  
**Pfungstadt.** Den Orten des 53. Wahlkreises schlagen wir den Kollegen Philipp Raab als Delegierten für die Generalversammlung vor und bitten die Kollegen, ihre Stimmen auf denselben zu vereinigen.  
Die Mitglieder in Pfungstadt.  
**Bernigerode.** Als Delegierten für den 27. Wahlkreis empfehlen wir den Kollegen Gust. Lehmann-Bernigerode.  
F. A. Der Bevollmächtigte.

## Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Forst**: Durch Paul Kaufers, Büttnerstraße 81. An Wochentagen von 11<sup>3/4</sup>—12<sup>3/4</sup> Uhr mittags und 6<sup>1/2</sup>—7<sup>1/2</sup> Uhr abends. An Sonn- und Feiertagen von 12—2 Uhr mittags.  
In **Goslar a. H.**: Durch den 1. Bev. Bernh. Walter im Verkehrslokal zur Alten Mühle. Von 7—8 Uhr abends.  
In **Halle a. S.**: Durch den 1. Bev. G. Schölz in der Zigarrenfabrik Hänsch, Merseburger Str. 32, Hof. Von 12—1 Uhr mittags.  
In **Nieder-Salzbrunn**: Durch Paul Ludwig, Nr. 20, II. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 6—8 Uhr abends. An Sonn- und Feiertagen von 10 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachmittags.  
In **Schwekingen**: Bei Martin Schäfer, Mannheimer Str. 8. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Feiertagen von 11—2 Uhr mittags.

## Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Goslar a. H.**: Durch den 2. Bev. Karl Hartmann, Springer Str. 3a. Sonnabends von 5—6 Uhr abends.  
In **Nieder-Salzbrunn**: Durch Paul Ludwig, Nr. 20, II. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 6—8 Uhr abends. An Sonn- und Feiertagen von 10 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachmittags.  
In **Schwekingen**: Bei Martin Schäfer, Mannheimer Str. 8. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Feiertagen von 11—2 Uhr mittags.

## Adressenänderung:

Für **Einbeck**: Der 1. Bev. Heinrich Reiter wohnt Lange Brücke 5.  
Für **Halle a. S.**: Der 1. Bev. Gustav Schölz wohnt Spitze Nr. 15.  
Berichtigung. Unter dieser Rubrik muß es in voriger Nr. heißen: **Bredstedt (Schleswig-Holstein)** statt **Bredtstedt**.

## Als Obmann der Vorortskommission wurde gewählt:

In **Offenburg** (Baden): Peter Haberer, Gerberstr. 3. Alle Aufschriften bezüglich der Agitation sind an den Obmann zu richten.

## Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Enere Versammlungen zahlreich!)  
In **Kaltensdorf**: Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 Uhr, im Restaurant A. Dantsch, Bahnhofstraße. Tagesordnung: 1. Neuwahl der Ortsverwaltung. 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 3. Verschiedenes. F. A. Der Bevollmächtigte.  
In **Medlarhausen**: Sonntag, den 23. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Fähringer Hof. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. — Das Erscheinen aller ist notwendig. F. A. Der Bevollmächtigte.  
In **Tannenberg**: Sonntag, den 23. Juli, nachm. 1/3 Uhr, in der Arbeiter-Halle zu Geyer. — Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. F. A. Der Bevollmächtigte.  
In **Witzsburg**: Sonntag, den 23. Juli, nachmittags 3 Uhr, in Schneiders Keller. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Vortrag über Gewerbesteuer. 3. Vortrag über Sozialpolitik. 4. Verschiedenes. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen werden alle Mitglieder ersucht. F. A. Der Bevollmächtigte.  
In **Bernburg**: Montag, den 24. Juli, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Thüringer Hof, Schulstraße. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Unsere diesjährige Generalversammlung und Anträge zu derselben. 3. Verschiedenes. — Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. F. A. Der Bevollmächtigte.  
In **Jastrów**: Montag, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schmeling. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Diejenigen Mitglieder, welche noch Beiträge schulden, werden ersucht, sie bis Sonnabend, den 22. Juli, abends 9 Uhr, bei dem Kassierer zu begleichen. F. A. Der Bevollmächtigte.  
In **Schmölln (S.-A.)**: Montag, den 24. Juli, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Restaurant zur Sonne. Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Aufstellung eines Delegierten. 3. Verschiedenes. — Alle Mann zur Stelle! F. A. Der Bevollmächtigte.  
In **Finkenwalde**: Donnerstag, den 27. Juli, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Gesellschaftshaus Naundorf. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu der in Leipzig tagenden Generalversammlung. 2. Verschiedenes. F. A. Der Vertrauensmann.  
In **Eilenburg**: Sonnabend, den 29. Juli, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Gewerkschaftshaus Livoli. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. F. A. Der Bevollmächtigte.  
In **Magdeburg**: Sonnabend, den 29. Juli, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn E. Frausich, Fahlchörsberg 9. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Vortrag: Die Tabaksteuer. 3. Bericht vom Gewerkschaftsamt. 4. Verschiedenes. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. F. A. Der Bevollmächtigte.  
In **Oerlinghausen**: Sonntag, den 30. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, bis dahin ihre Beiträge zu begleichen, damit die Abrechnung fertiggestellt werden kann. F. A. Der Bevollmächtigte.  
In **Hamburg**: Mittwoch, den 2. August, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale der Witwe v. Salzen, Caffamacherreihe 15/17. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Vortrag: Die Notwendigkeit der Organisation. 3. Kartellbericht. 4. Innere Vereinsangelegenheiten. F. A. Der Bevollmächtigte.  
In **Verden**: Sonntag, den 13. August, nachmittags 4 Uhr, bei Gendwint Kempin. Tagesordnung: 1. Stellung von Anträgen zur Generalversammlung. 2. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes. — Alle auf die Generalversammlung bezüglichen Anträge sind schriftlich einzureichen. Die Mitglieder werden ersucht, die Versammlung recht zahlreich zu besuchen. F. A. Der Bevollmächtigte.  
In **Chemnitz**: Tagesordnung: 1. Vortrag über die Gewerkschaftskommission. Referent: Paul Schulz. 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 3. Verschiedenes. F. A. Der Bevollmächtigte.

**Breslau.** Alle Aufschriften sind an Wilh. Wodczida, Hubenstraße 14, III., zu senden. F. A. Der Bevollmächtigte.

**Nieder-Salzbrunn.** Alle Kollegen, welche gedenken, in Nieder-Salzbrunn in Arbeit zu treten, wollen sich auf jeden Fall erst beim 1. Bev. Paul Ludwig, Nieder-Salzbrunn Nr. 20, erkundigen. F. A. Der Bevollmächtigte.

## Codes-Anzeigen.

Am Sonntag, den 25. Juni, verschied nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied **Katharine Erhardt** im Alter von 21 Jahren.  
Leicht sei ihr die Erde!  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr **Die Mitglieder der Zahlstelle Markt-Brück.**  
Am 12. Juli verstarb nach längerem, schwerem Leiden das Mitglied **Paul Fritz** aus Pasewalk im Alter von 27 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Die Mitglieder der Zahlstelle Brenzlau.**

Am 14. Juli verstarb nach langem, aber schwerem Leiden unser Verbandsmitglied **Frau Emilie Geisenheimer** im Alter von 34 Jahren.  
Leicht sei ihr die Erde!  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr **Die Mitglieder der Zahlst. Ronneburg.**

## Briefkasten.

**R. G., Döbeln** 70 Bg. — **L. G., Erfurt** 60 Bg. — **D. R., Jossen** 50 Bg.



# J. H. Koopmann, Bremen.

Von neuen Einkäufen empfehle als ganz besonders billig und vorteilhaft:  
**Sumatra-Decker** (2. Länge Vollblatt) von hellbrauner Farbe, seidenartiges, zugfestes Blatt, ausprobierte Deckkraft 1 1/2 Pfund pro Mille, mit 200 Pfg.  
**St. Felix-Brasil-Decker**, dunkelbraune Farben, sehr ergiebig, schneeweiß Brand, 110, 120, 130 Pfg. — **Brasil-Einlage**, gebockt, 70, 80 Pfg. — **Brasil-Umblatt u. Einlage** 90 u. 100 Pfg. — **Seedleaf-Umblatt u. Einlage**, leicht und weiß brennend, 75 Pfg. — **Seedleaf-Umblatt** 90 Pfg. — **Seedleaf-Decker**, helle, reine Farben, 100 Pfg. — **Yara-Cuba**, feinste Qualität, 100 Pfg. — **Domingo FF** 85, 90, 100 Pfg. — **Havana-Einlage** 75 u. 85 Pfg. — **Havana-Umblatt** 150, 160 Pfg. — **Java-Einlage** 75 Pfg. — **Java-Umblatt** 85, 90, 100, 110 Pfg. — **Java-Decker** 120, 150, 180, 220 Pfg. — **Mexiko-Decker** 200, 275, 350, 400 Pfg. — **Vorstenland-Decker** 120, 150, 180, 220 Pfg. — **Carmen-Umblatt** 75, 80, 85, 90, 100 Pfg. — **Sumatra-Decker** in allen Farben und Längen, von 95—350 Pfg. — **Losgut** (meist Umblatt), als Carmen, Domingo, Java, Havana, Seedleaf, Brasil, nach Wahl gemischt, 75 Pfg.  
 Preise per Pfund verzollt. — Versand nur unter Nachnahme.

## J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

# Roh-Tabak!

Empfehle besonders preiswert, von 9 Pfd. an verzollt, fracht- und portofrei  
**Sumatra u. Borneo** per Pfd. Mk. 1.10, Deckblatt Mk. 1.40—5.00  
**Java** " " " 0.90, " " " 1.50—3.00  
**Havana u. Mexiko** " " " 1.00, " " " 3.00—7.00  
**Cuba u. Yara-Cuba** " " " 1.30, " " " 3.00  
**Bibundi (Qualitäts-Tabak!)** " " " " " 1.40—1.50  
**Seedleaf u. Domingo** " " " 0.85, " " " 1.30—1.40  
**Carmen u. Rio Grande** " " " 1.00, " " " 1.20—1.30  
**St. Felix-Brasil** " " " 0.85, " " " 1.50—2.40  
 do. geschnitten " " " 0.90—1.15

Versand nur unter Nachnahme.

Nicht konvenierende Tabake nehme anstandslos zurück!

Adolph Hinsch, Altona bei Hamburg.

# ca. 3000 Wickelformen

sehr gut erhalten, als schräge, halbchräge und gerade Fassons, einzelne Säge bis zu 300 Stück, pro Form 30—100 Pfennig.

**Gummi Traganth**, feinste helle Ware, 300 Pfg. pro Pfund  
**Zigarrenband**, feinste gelbe Halbseide, 8-könig, pro Rolle, enthaltend 50 Meter, 150 Pfg.

## J. H. Koopmann, Rohtabak, Bremen.

# Seydel & Junghans Nachf.

## Rohtabakhandlung

Dresden-A. Schützenplatz 5.  
 Große Auswahl! Billige Preise!

# Billigstes Roh-Tabak-Lager

Hamburg, L. Adler, Vereinsstrasse 34, Hamburg.

Hellgraue Sumatra-Decke Pfd. 3 Mk., hell und mittel Pfd. 2 Mk.  
 Sumatra-Decke mittel Pfd. 1.30 1.50 Mk., dunkel Pfd. 1.70 Mk.  
 Brasil-Umblatt und Einlage Pfd. 0.90, 1.00, 1.05, 1.10, 1.20 Mk.  
 Java-Umblatt Pfd. 1.00, 1.10, 1.20 Mk. — Domingo ff. Pfd. 1.00 Mk.  
 Mexiko, grau, Pfd. 1.90 Mk. — Losgut ff. Pfd. 0.80 Mk.

Preise verzollt! Ich Bestellungen von 9 Pfd. an franko Haus  
 liefert, ersparen Sie trotz der spottbilligen  
 Preise noch 80 Pfg. Porto.

# !Roh-Tabake!

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei

L. Cohn & Co., Berlin N. 54

Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branchen.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fassung stets am Lager.

Preisliste 22 mit ca. 1000 Abbildungen kostenlos sofort!

# Michelsen & Löbl

Hamburg 16, Susannenstrasse 14.

Sumatra:	Sumatra:	Brasil:	Domingo:
Nr. 1 Mk. 3.—	Nr. 56 Mk. 1.—	Nr. 128 Mk. 0.95	Nr. 226 Mk. 1.—
" 26 " 1.35	" 57 " 1.10	" 129 " 1.60	
" 27 " 1.40	" 58 " 1.10	" 130 " 1.30	
" 28 " 1.60	" 59 " 2.—	" 131 " 1.10	
" 29 " 2.—	" 76 (Java) Mk. 1.25	" 132 " 1.10	
" 30 " 1.70	" 77 " 1.—	" 133 " 1.45	
" 31 " 1.80	" 78 " 1.25	" 134 " 1.25	
" 33 " 2.—	" 79 " 1.—	" 136 " —.95	
" 51 " 1.20			Nr. 326 Mk. 1.20
" 52 " 1.20			" 327 " 1.80
" 53 " 1.10			
" 55 " 2.70			

Spezialität: Amerikanisches Losgut, 85 Pfg.

Bestehend aus folgenden Tabaken: Domingo, Brasil, Seedleaf, Havana und Carmen.  
 Preise verstehen sich per Pfd. inkl. Zoll, Verfr. franko, nur geg. Nachn.  
 Bei Ballenorders entsprechende Ermässigung und Ziel nach Uebereinkunft.  
 Ausführliche Preisliste sowie Typen gratis und franko.

## Nochnie

# Rippen-Tabake

sind in gleichhervorrag. Qualität zu Zigarren-Einlagen, wie zu Rauchtobaken, so unglaublich billig lohnweise bearbeitet, wie auch unter sehr kulantem Bedingungen, in Umtausch angenommen, und billig abgegeben worden. Kaufen Sie nicht, oder vergeben Sie nicht früher zur lohnweisen Bearbeitung Ihre Tabake, bevor Sie unsere Offerten und Muster in Händen haben.  
 Lohn-Tabak-Schneiderei  
 Tabakfabriken  
 Gebr. Weckmann  
 Etgersleben F. (Bez. Magdebg.).

# Brinkmeier & Co. Bremen.

**Sumatra.**  
 2. Vollblattlänge, hochf. edle teilw. blaue Farbe . . . . . 5.—  
 Zarte helle hochedle 2. Vollblattl., riechig deckf. . . . . 3.65  
 2. Vollblattlänge, mittelbr., hochf. Delt-Gew. . . . . 3.—  
 2. Vollblattlänge, zart hellbraun 2. Vollblattlänge, edel u. breitblatt. 1. Vollblattlänge, hellbraun . . . . . 2.50  
 2. Vollblattlänge, mittelbr. bis hell 2. Vollblattlänge, braun . . . . . 2.40  
 2. Vollblattlänge, mittel bis dunkel 3. Vollblattlänge, f. billige Decke, weißer Brand . . . . . 2.—  
 2. Länge Stückblatt, helle hochedle Farben, riechig leicht u. blattig neuester Ernte . . . . . 1.75  
**Java.**  
 Vorstenlanden = Decker Troetjoef, hochfeiner Qualitätstabak . . . . . 2.65  
 Vorstenlanden = Decker, prima, prima, braun . . . . . 1.60  
 Vorstenlanden = Decker, prima, prima, hell . . . . . 1.60  
 Bezoeki-Decker, ausgesprochen helle edle Farb., schneeweiß Brand Leichtes, fossilhaftes Umblatt Bezoeki-Umblatt, hochfein . . . . . 1.85  
 Bezoeki-Umblatt-Einlage . . . . . 1.25  
 Vorstenlanden-Einlage . . . . . —.85  
**Brasil.**  
 Hochfeiner Felix-Decker PF, feinst. Cruz-Gew. . . . . 2.—  
 Hochfeiner Felix-Decker PF . . . . . 1.70  
 Hochfeines Felix Cruz-Gewächs . . . . . 1.25  
 Aufarbeiter-Umblatt-Einlage und Deckblatt, feinstes Cruz-Gew. . . . . 1.15  
 Feine Qualitätseinlage, sehr blatt., gebockt . . . . . 1.—  
 Große gebockte Einlage, ries. blatt. . . . . —.90  
**Seedleaf.**  
 Feines Wisconsin Havana-Umbl. Umblatt-Einlage, reif, braun . . . . . 1.—  
 Umblatt-Einlage, reif, braun . . . . . —.85  
**Carmen.**  
 Hochfeines Umblatt . . . . . 1.—  
 Hochfeines Umblatt . . . . . —.95  
 Blattiges Umblatt . . . . . —.90  
 Umblatt-Einlage, sehr schön . . . . . —.80  
**Domingo.**  
 Hochfeines Mokka-Gewächs FF . . . . . 1.—  
**Mexiko.**  
 San Andres, feinstes Gewächs, hell bis grau . . . . . 4.—  
 San Andres-Gewächs, dunkel . . . . . 2.50  
**Havana.**  
 Feine Buella abajo Einlage . . . . . 2.75  
 Leichte aromatische Einlage . . . . . 1.60  
 Feine Decken, Buella abajo bis . . . . . 10.—  
**Jara-Cuba.**  
 Hochfeiner Qualitätstabak . . . . . 2.—  
**Losgut.**  
 Rein amerikanisch, frisch und kerngefüllt, mehr Umblatt wie Einlage . . . . . —.75  
 Preise verstehen sich verzollt. Postfrakt gegen Nachnahme. Jeder Versuch führt zur dauernden Verbindung, wie der stetig wachsende Kundenkreis beweist. Umtausch anstandslos. Daher kein Risiko. Man verlange ausführliche Preisliste Nr. 15 gratis und franko.

**Brinkmeier & Co., Bremen.**  
 Abteilung für Detail-Verkauf  
 grösstes Geschäft dieser Art am Platze.  
 H. Edling, Bremen-Neustadt  
 empfiehlt als sehr preiswert  
 Sumatra-Decker 120, 130, 140, 150, 160, 180, 190, 200, 220, 230, 240, 250, 300, 320, 350 Pfg.  
 Sumatra-Umblatt 95, 100, 110, 120 Pfg.  
 Java-Decker 140, 160, 180, 200 Pfg.  
 Java-Umblatt 85, 90, 95, 100, 105, 110, 120, 125 Pfg.  
 Java-Einlage 75, 85, 90 Pfg.  
 Brasil-Decker 120, 130, 150, 160, 170 Pfg.  
 Brasil-Einl. u. Umbl. 75, 80, 85, 90, 95, 100, 110, 120, 130 Pfg.  
 Mexiko-Decker 130, 260, 280 Pfg. (deckt mit 3 Pfd.).  
 Mexiko-Umblatt 110, 120 Pfg.  
 Havana 110, 120, 160, 180, 250, 450 Pfg.  
 Yara-Cuba 110, 130, 160 Pfg.  
 Seedleaf 75, 80, 85, 90, 95, 100 Pfg.  
 Domingo 75, 80, 85, 90, 100 Pfg.  
 Carmen 75, 80, 90, 100 Pfg.  
 Losgut, rein überseeisch, 70, 75 Pfg.  
 Gemischte Original-Tabake 80 Pfg.  
 Kentucky 75, 85, 90 Pfg.  
 Preise verzollt per 1/2 kg.  
 Kredit nach Uebereinkunft.

# Roh-Tabak-Versand

en gros en detail.

Sumatra von 100 Pfg., St. Felix 80 Pfg., Seedleaf 85 Pfg.  
 Java, Domingo 85 Pfg., Loosgut 80 Pfg., ff. Brasil 90 Pfg.  
 ff. Havanna-Grus, Havanna, Iose Blätter, besonders preiswert.  
 Mexiko à Pfund 0.90, 1.20, 1.50, 2.00—4.00 Mk.

Padenweise entsprechende Preisermäßigung.

Versand nur gegen Nachnahme. — 1 Postpaket, Porti zc. ca. 80 Pfg.

# H. C. A. Jensen

Hamburg, Katharinenstraße 43.  
 Filiale: Ottensen, Kleine Rainstraße 8.

# En gros Roh-Tabak En detail

F. W. Helmecke, Magdeburg.

Neuerit vorteilhaft: Sumatra, 2. Länge, hell und dunkel, 1.80 Mk., Java-Bezoeki, Umblatt und Einlage, 1 Mk., Felix, Einlage, geschnitten, 1.05 Mk., Märker, sehr blattig, 60 und 65 Pfg. Alles verzollt oder verfr. ab hier. In anderen Zigarettenfabriken große Auswahl. Preisliste gratis u. franko.

# Albert Steen, Bremen.

Schneeweiß und flott brennende Sumatra-Decken, sehr preiswert, sehr große Auswahl, in allen Farben und Qualitäten, Mk. 1.30, 1.50, 1.60, 1.65, 1.80, 2.00, 2.20, 2.50, 3.00, 3.50, 4.00, per Pfund verzollt. — Ferner alle andern Sorten überseeischer Tabake zu billigen Preisen, wie bekannt, in großer Auswahl.

# Roh-Tabak

zur Zigarrenfabrikation offeriert zu billigsten Preisen  
 Hans Wittig, Bremen.

Versand unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

# Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstr. 185.  
 Gegründet 1879.

Unterziehen Sie bitte mein  
 Preisverzeichnis einer genauen  
 Prüfung und beordern Sie in Ihrem  
 Interesse sogleich meine Be-  
 stimmten Kataloge gratis  
 und franko.

# Rohtabak!

Carl Roland, Berlin SO.  
 Kottbuser Straße 3a  
 empfiehlt

# Sumatra

seine mittelbraune Farben, schneeweiß, geschlossener Brand, Deckkraft kaum 1 1/2 Pfund  
 per Pfund nur Mk. 2.80.

## Achtung!

Als äußerst billiges Angebot empfehlen  
**Sumatra**  
 zweite Länge, etwas Stückblatt, gut deckend und weiß brennend, schöne, reine, helle bis Mittel-Farben, per Pfd. 1.20 u. 1.50.  
 Im eigenen Interesse bestelle man sich probeweise ein Zünftling-Paket.  
 Auf sämtliche Tabake vergüten wir trotz der billigen Preislage 2 Prozent Skonto in Bar.

# Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen.  
 Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 190.

## Einlage.

Ich schneide, walze, beize und röste jeden Posten Tabakrippen zu Zigarren-Einlage (wollig), wie auch zu Pfeifentabak billiger gegen Lohn. (Wasserkraft). Kaufe stets Rippen gegen Kaufe. Ferner offeriere Rippen-einlage à 11 1/2 Mk. pro Zentner.  
**Otto Steiner, Anstalt Bruchsal (Baden).**

**la. Grus** 25, 50, 60, 75, stets auf Lager. Diverse Rohtabake extra billig.  
**Kemmler Ngr., Breslau 6.**

## Hienfong Essenz

extra stark, für Wiederverkäufer, 1 Duzend Mk. 2.50 (30 Flaschen Mk. 7.—, kostenfrei überallhin). **Laboratorium P. Seifert, Dittersbach Nr. 57, bei Waldenburg (Schlesien).**

# Kaufmann & Co. Rohtabakhandlung Bremen.

## Gelegenheitskauf.

**Das erste Kochbuch**  
 im jungen Haushalt.  
 Von Therese Wilhelmi.  
 377 Kochvorschriften.  
 200 Seiten Text. Sachregister.  
 Zugleich ein 115 Seiten starkes Notizbuch zum Eintragen von Rezepten.  
 Statt 2.40 Mk. nur 50 Pfg.  
 Porto 20 Pfg.  
 Zu beziehen durch die Expedition des Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.

**Reuters Werke**  
 2 Prachtbände  
 zusammen Mk. 3.50  
**Volksbuchhandlung**  
 Tauchaer Str. 19/21.

# Rohtabak-Handlung

in- und ausländische  
 en gros en detail  
 Grösste Auswahl! Billigste Preise!  
**Jacob Hirsch jun.**  
 Mannheim a/Rh., P 7, 1  
 Agentur u. Kommissionsgeschäft.

# Northeimer Zigarren-Tabake

flott brennend und ff. in Qualität offeriert billigt  
**H. Kassebeer**  
 Northeim (Prov. Hannover).



## Der deutsche Tabakarbeiterverband im Jahre 1904.

I.

Ziemlich spät erst kann der Vorstand seiner Pflicht genügen und Bericht erstatten über seine Tätigkeit und die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1904. Die Ursachen dieser späteren Berichterstattung sind zu suchen in der mangelhaften Zahl der angestellten Personen im Vorstande und des Umstandes, daß der Kollege A. Faure, bisheriger Sekretär, aus dem Vorstande ausschied und an seine Stelle ein anderer Kollege provisorisch treten mußte, der sich in die Geschäfte des Sekretärs erst einzuarbeiten hatte. Die mangelhafte Zahl der angestellten Personen im Vorstande machte sich um so mehr fühlbar, da von diesen wenigen Personen auch noch eine Person ziemlich ununterbrochen durch Agitation und die auswärtigen Streiks außerhalb beschäftigt werden mußte.

Und für sich ist die Arbeitslast des Vorstandes nach Einführung der neuen Unterstützungseinrichtungen somieso eine größere, und daher um so mehr eine nicht rechtzeitige Berichterstattung begründlich. Bei der Kritik, die unzweifelhaft einsetzen wird, wird es angebracht sein, die angeführten Umstände nicht außer acht zu lassen und die nötige und verdiente Nachsicht walten zu lassen.

### Allgemeines.

Dem im Jahresbericht für 1903 erwähnten Auftrage, wonach der Vorstand des Verbandes sich mit dem Vorstand des Sortierervereins ins Einvernehmen setzen sollte, um eine Verschmelzung der beiden Verbände in die Wege zu leiten, ist insoweit entsprochen worden, als der Vorstand sich brieflich an den Vorstand des Sortierervereins wandte mit dem Wunsche, eine gemeinsame Sitzung abzuhalten, in der zunächst wenigstens die einschlägigen Fragen einer Erörterung unterzogen werden sollten. Das Schreiben des Vorstandes datiert vom 4. April 1905. Unter dem 13. April 1905 erwiderte der Vorstand des Sortierervereins, daß er angesichts der bevorstehenden Generalversammlung dieses Vereins mit Arbeiten überhäuft sei und es infolgedessen an der nötigen Zeit mangle, eine gemeinsame Sitzung abzuhalten. Außerdem lehne er auch deshalb ab, weil er zunächst erst einmal die ganze Angelegenheit mit dem Ausschusse des Sortierervereins besprechen müsse. Nach der Generalversammlung, so hoffe er, würde man dem Vorstande des Tabakarbeiterverbandes in der Sache nähere Mitteilung machen können.

Unseres Erachtens hätte die von uns gewünschte gemeinsame Sitzung stattfinden können und auch stattgefunden, wenn auf Seiten des Vorstandes des Sortierervereins nur ein bißchen Neigung dazu vorhanden gewesen wäre, der schon so viel besprochenen und schon von so vielen Kollegen (Zigarrenmacher wie Zigarrensortierer) gewünschten Verschmelzung der beiden Verbände die Wege zu ebneten. Als nicht stichhaltig müssen wir den Grund der Ablehnung ansehen, daß angesichts der Arbeiten zu der bevorstehenden Generalversammlung es an der nötigen Zeit mangle. Am 4. April 1905 wandten wir uns an den Vorstand des Sortierervereins, und die fragliche Generalversammlung fand erst am 22. April 1905 und folgende Tage statt. In den drei Wochen, die zwischen den beiden Daten liegen, hätte sich immer ein Abend oder ein Sonntagnachmittag gefunden, wo die erwähnte Frage hätte ventiliert werden können. Auch die Mitglieder des Ausschusses des Sortierervereins würden die nötige Zeit zu der wichtigen Angelegenheit gefunden haben. Man wollte eben nicht so recht, das ist wenigstens unsere Ansicht. In dieser Ansicht werden wir noch bestärkt, wenn wir uns den Gang der Verhandlungen in der Generalversammlung des Sortierervereins in dieser Sache veranschaulichen. Anstatt ohne Umhülfen für eine Verschmelzung zu plädieren, lamentierte man über die kurze Spanne Zeit, die nur noch zur Verfügung stand und darüber, daß alle Vorbereitungen zur Generalversammlung getroffen gewesen seien. Gewiß, die Zeit war nicht übermäßig lang, aber sie genügte, um eine Aussprache herbeizuführen und event. auch ganz bestimmte Vorschläge formulieren zu können, die man vor der Generalversammlung des Sortierervereins hätte erörtern und zur Annahme empfehlen können. Damit wäre ein wesentlicher Schritt vorwärts getan worden. Auch die in der Generalversammlung des Sortierervereins gutgeheißen Resolution verrät nur zu deutlich, daß gerade die Leiter im Sortiererverein oder wie er sich jetzt nennt: „Verband der Zigarrensortierer und Ristenbelleber Deutschlands“, keine rechte Neigung verspüren, einer Verschmelzung das Wort zu reden. Die Resolution selbst lautet:

Die Generalversammlung des Verbandes der Zigarrensortierer und Ristenbelleber Deutschlands anerkennt als erstrebenswertes Ziel der Tabakarbeiterbewegung die Vereinigung sämtlicher Gruppen der Tabakindustrie in einem die berechtigten Interessen aller wahren Industrieverbände. Die Generalversammlung ist jedoch der Ansicht, daß die Vorbedingungen zurzeit noch nicht gegeben sind, eine solche Vereinigung ohne Schädigung des Organisationsverhältnisses der Sortierer herbeizuführen. Sie gibt der Hoffnung Raum, daß die jetzt auch im Tabakarbeiterverband eingeführte Arbeitslosenunterstützung sich bewähren und derselbe instande sein wird, auf der jetzigen Basis zum weiteren Ausbau seiner Verbandseinrichtungen zu schreiten und infolgedessen die zurzeit noch zu großen Unterschiede zwischen beiden Organisationen mehr und mehr ausgeglichen werden. Die Generalversammlung ist der Meinung, daß der beste Weg zur Einigung ein zweckentsprechendes Handinhandgehen beider Organisationen ist. Wie die Generalversammlung ihre Mitglieder verpflichtet, überall für den Eintritt der indifferenten Zigarrenarbeiter in den Tabakarbeiterverband zu wirken, so hält sie es andererseits auch für ein Gebot gewerkschaftlicher Vernunft, daß der Tabakarbeiterverband seinerseits bei seiner gewerkschaftlichen Agitation von jetzt ab unbedingt die Zigarrensortierer zum Beitritt zum Verbande der Zigarrensortierer und Ristenbelleber Deutschlands verpflichtet. Bezüglich zukünftiger gewerkschaftlicher Kämpfe hält die Generalversammlung eine Verständigung im tatsächlichen Vorgehen der beiden Organisationen gegen den gemeinsamen Feind für absolut notwendig. Die Generalversamml-

lung beauftragt den Vorstand des Verbandes, zur Herbeiführung eines wirklichen Zusammenarbeitens beider Organisationen mit dem Vorstande des Tabakarbeiterverbandes in Verhandlungen zu treten.

Eingangs dieser Resolution wird allerdings anerkannt, daß es ein erstrebenswertes Ziel sei, wenigstens eine „Vereinigung sämtlicher Gruppen der Tabakindustrie in einem die berechtigten Interessen aller wahren Industrieverbände“ zu haben. Sinterher aber kommen die hübsch verpackten Bedenken und Bedingungen, die so nach Wunsch wohl kaum erfüllt werden können. Man braucht wahrhaftig kein „Sollseher“ zu sein und findet doch, daß wir selbst von einem „erstrebenswertem Industrieverbande“ sehr weit entfernt sind. Früher hieß es, an eine Einigung ist dann erst zu denken, wenn der Tabakarbeiterverband die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben wird, und heute, da er die Arbeitslosenunterstützung eingeführt hat, heißt es dem Sinne nach, wenn die großen Unterschiede zwischen beiden Verbänden in betreff der Einrichtungen mehr und mehr ausgeglichen sein werden, dann sind die Vorbedingungen zu einem „Industrieverbande“ gegeben. Unseres Erachtens sind die Vorbedingungen gegeben und keine so großen Unterschiede vorhanden, die einer Verschmelzung der beiden Verbände im Wege stehen. Auf beiden Seiten, vor allem auf Seite des Sortierervereins, ein klein wenig mehr Neigung zur Nachgiebigkeit und das Werk der Vereinigung könnte sich vollziehen im Interesse der in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. So bedauerlich dieser Widerstand ist und, wie zu bemerken, leider andauern wird, so hoffen wir doch, daß das Zusammenwirken der Mitglieder der beiden Verbände bei Lohnkämpfen nicht allzuehr darunter leidet. Ueber letzteres noch Verhandlungen zu pflegen, wie die Resolution es verlangt, halten wir für Zeitvergeudung; das ist selbstredend und abgemachte Sache und vollzieht sich je nach den obwaltenden Verhältnissen. Unsere Generalversammlung wird in dieser Frage ein ernstes Wortchen einmal reden müssen, und sie wird reden, davon sind wir überzeugt. Die besondere Veranlassung hierzu wird das merkwürdige Verlangen bilden, daß der Tabakarbeiterverband von jetzt ab sich unbedingt verpflichtet halten soll, bei seiner Agitation alle Zigarrensortierer und Ristenbelleber dem Sortiererverein zuzuführen. Diese merkwürdige Zumutung wird jedenfalls zur richtigen Antwort führen. Wir wollen schon heute sagen, daß zur eventuellen Abgrenzung gewisser Gewerkschaftsgebiete nicht in erster Linie der Sortiererverein, sondern doch wohl der Tabakarbeiterverband berufen ist, mitzureden. Zigarrensortierer und Ristenbelleber sowie -Belleberinnen gehören in den deutschen Tabakarbeiterverband und nicht in eine extra so nebenherlaufende Organisation für sich. Bei der Gründung der Tabakarbeiterorganisation vor 40 Jahren hielt man eine Trennung der einzelnen Branchen für unolidarisch.

Erneut nahm der Vorstand mit den leitenden Kollegen in der Rautabakbranche Nordhausens Stellung zu der Aufstellung eines Minimallohntarifs für die in der Rautabakbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Leider konnte man dabei das Ergebnis der angeordneten und vorgenommenen Enquete für den Nordhäuser Bezirk nicht voll gebrauchen, da die Beantwortung des diesbezüglichen Fragebogens zu mangelhaft ausgeführt worden war. Soweit die Enquete benutzt wurde, gab sie nur Anhaltspunkte über Akkordlöhne der Spinner und Köllchenmacher. Trotz des lückenhaften Materials gelang es aber doch, einen Minimallohntarif so ziemlich fertig zu stellen. In der kommenden Generalversammlung werden die Nordhäuser Kollegen Veranlassung nehmen, ihn eingehend noch zu behandeln und mitzuberaten, wie man ihn am besten verwirklichen resp. zur Geltung bringen kann. Wir betonen, daß die Hauptbedingung hierzu darin zu suchen ist, daß so ziemlich alle in der Rautabakindustrie Beschäftigten dem Verbandsangehören müssen, und zwar nicht allein deshalb, um die Anerkennung durchsetzen zu können, sondern um das Anerkannte dauernd auch aufrecht erhalten zu können. Jeder einigermaßen mit diesen Dingen Vertraute wird ohne weiteres zugeben müssen, daß das letztere immerhin die schwierigste Aufgabe sein wird.

Von der Notwendigkeit solcher Minimaltarife durchdrungen, wird auch der Vorstand in der bevorstehenden Generalversammlung diesbezügliche Vorschläge auch für die Zigarrenindustrie machen. Ebenso werden auch die Delegierten der Zigarettenbranche gut tun, wenn sie dieser Frage ihre volle Aufmerksamkeit schenken und Vorschläge machen für die Zigarettenindustrie. Es ist eben unerlässlich, soll der Zweck des Verbandes, der darin besteht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Tabakindustrie beschäftigten Personen zu verbessern, sie in eine möglichst günstige wirtschaftliche Lage zu bringen, erfüllt werden, und zwar besser, wie bis heute, weil ein bestimmtes Ziel aufgestellt werden muß. Dieses Ziel müssen die Minimaltarife bilden. Sie müssen sich vor allem auf den Lohn und die Arbeitszeit erstrecken und mit der Zeit auch auf die sanitären Einrichtungen der Betriebe. Ein Gebot der Notwendigkeit und der Klugheit ist, daß man die eventuell zu stellenden Forderungen im Rahmen des Möglichen hält, was selbstverständlich erscheinen wird. Die eingerissenen überaus schlechten Arbeitsverhältnisse in unserer Industrie lassen sich mit einemmal nicht beseitigen; es gehört dazu eine andauernde oder sagen wir eine schrittweise vorgehende, aber mit Nachdruck betriebene Wirksamkeit. Bremen. Der Vorstand.

### Nachtrag zum Dresdner Streik.

Unter vorstehender Spitzmarke tritt die Deutsche Tabakzeitung, die sich während des Streiks ziemlich unparteiisch verhielt, jetzt mit Behauptungen hervor, die ihrer Unparteilichkeit jeden Schein hinwegnehmen. Das Blatt schreibt:

... Von welchem Standpunkt aus man auch den Streik betrachtete, eines steht unumstößlich fest, der Tabakarbeiter-

verband hat eine ernste Lehre erhalten und wir wollen hoffen, daß er diese Lehre zu seinem eigenen Vorteil in Zukunft beherzigen wird. Ueber den wahrscheinlichen Ausgang des Streiks konnten nur diejenigen im unklaren sein, die in kaum verständlicher Kurzsichtigkeit die tatsächlich vorliegenden Verhältnisse nicht zu überblicken vermochten. Zu ihrer Ehre wollen wir es annehmen, daß Kurzsichtigkeit allein, vielleicht auch ein übergroßes Vertrauen auf ihre eigene Kraft, die Agitatoren des Tabakarbeiterverbandes zu dem höchst bedenklichen Schritt verleitete, ihre Anhängerschaft, die ihrem Schutz und ihrer Fürsorge anvertrauten Zigarettenarbeiterinnen und -Arbeiter in eine Streifsbewegung hineinzutreiben, welche niemals zu einem guten Ende führen konnte. Denn fast verwunderlich erscheint es, daß man schließlich noch in letzter Stunde den aus ruhiger, sachlicher Erwägung heraus gemachten Vorschlag, die Vermittlung des Deutschen Tabakvereins anzurufen, aufgegriffen hat. Immerhin rechtfertigt dieser Schritt unsere Ansicht vom guten Glauben der Streikleiter, selbstverständlich ohne jedoch eine scharfe Kritik des Verhaltens derselben auszuschließen. Im Interesse der gesamten in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiterschaft, welche zweifellos dem vermeintlich guten Ziel enorme Summen zwecklos geopfert hat, muß man diese Rückkehr der leitenden Persönlichkeiten zu besserer Einsicht mit Freuden begrüßen; das wahrscheinlich arg erschütterte Vertrauen der Arbeiterschaft zu ihren Verbandsleitern mag nicht zum wenigsten durch diesen Schritt von neuem gestiftet worden sein. Und wenn wir auch den Arbeitern, die im schweren Kampf um die Existenz bemüht sind, ihre soziale Lage zu verbessern, mit vollsten Sympathien gegenüberstehen, so dürfen wir doch in keinem Augenblicke überschätzen, daß der von ihnen beschrittene Weg ein falscher war. Gewaltmaßregeln zeitigen nur selten einen Erfolg. Wohl ein jeder, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, muß notgedrungen zu der Erkenntnis kommen, daß die durch Vermittlung des Deutschen Tabakvereins entstandene, äußerst diplomatisch abgefaßte Vereinbarung, welche wir in letzter Nummer abdruckten, einen eklatanten Sieg für die Arbeitgeber bedeutet.

Eine in brücker Form gestellte Lohnfrage, mit der üblichen, gleichzeitigen Androhung der Arbeitsniederlegung war die Ursache zum Ausstand. Die Antwort der Arbeitgeber war eine ebenso scharfe, sie stellten die Forderung des Austritts der Arbeiterschaft aus dem Tabakarbeiterverband, ein Verlangen, welches man wohl begreiflich finden konnte, in keinem Falle aber gutheißen durfte, selbst wenn man mildernd in Rücksicht ziehen will, daß der Arbeitgeberverband durch das Verhalten der Agitatoren des Tabakarbeitervereins aufs äußerste gereizt worden war. Man wird es keinem Menschen verdenken, daß ihm die Galle überläuft, wenn ihm im eigenen Hause mit Drohungen aller Art Bedingungen diktiert werden. In dieser fatalen Lage befanden sich die Arbeitgeber, daß sie in ihrer Gegenforderung etwas über das Ziel hinausschossen, wird ihnen niemand verübeln. Mit einer kleinen Abänderung der Koalitionsfrage haben die Arbeitgeber doch erreicht, was sie wollten.

Die überlegene Kenntnis der Verhältnisse, die dem Blatt den wahrscheinlichen Ausgang des Streiks voraussehen ließ, hüllte sich während des Streiks in Schweigen. Wenn aber das Blatt ehrlich darum besorgt ist, daß „die Agitatoren des Tabakarbeiterverbandes“ sich das Vertrauen ihre Anhängerschaft bewahren, dann ist es doch merkwürdig, daß es nicht mit einem Worte seiner ungetriebenen Sachkenntnis früher Ausdruck gab, durch die dann möglicherweise der Streik hätte verhindert oder zu früherem Ende hätte gebracht werden können; so wäre wenigstens nach der Ansicht des Blattes die Erschütterung des Vertrauens, die der Streik bewirkt haben soll, dem Tabakarbeiterverband erspart geblieben. Schade nur, daß diese Fürsorge in Widerspruch steht mit den Ausführungen des Blattes selbst. Beschuldigt es die Agitatoren, die in diesem Falle Verbandsangestellte sind, daß sie die ihrem Schutz und ihrer Fürsorge anvertrauten Zigarettenarbeiter in den Streik hineingetrieben hätten, so sucht es mit dieser unwahren, haltlosen Behauptung ja gerade das Vertrauen zu den Leitern des Verbandes zu erschüttern und die Disziplin zu lockern. Dieser Widerspruch wird weiter treffend gekennzeichnet durch die Behauptung, daß „eine in brücker Form gestellte Lohnfrage, mit der üblichen gleichzeitigen Androhung der Arbeitsniederlegung“ die Ursache zum Ausstand gewesen sei. Bei seiner selbstgerühmten Kenntnis der Verhältnisse konnte es nämlich dem Blatte nicht entgangen sein, daß die Lohnfrage schon seit langer Zeit Gegenstand fortgesetzter Unterhandlungen zwischen den Arbeitern und Unternehmern gewesen war und daß nach diesen Unterhandlungen eine Reihe von Firmen bereits Bewilligungen gemacht hatten, mit denen die Arbeiter zufrieden waren. Als dann freilich den nichtbewilligenden Firmen die Arbeitsniederlegung in Aussicht gestellt wurde, waren diese es, die unter Führung der Trust-Macher die ersteren Firmen haranguierten, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen und die Arbeiter mit der Vernichtung des Koalitionsrechts zu bedrohen, um auf diese Weise die Lohnbewegung gründlich niederzuschlagen.

Für den unbefangenen Beobachter wird dieser Sachverhalt schon klar aus den Vereinbarungen, die das Ende des Streiks herbeiführten, für den Kenner der Verhältnisse und für die Leiter der Bewegung steht dieser Sachverhalt fest, unüberleglich durch Tatsachen gestützt, nur der Sachkenntnis der Deutschen Tabakzeitung sind diese Tatsachen nicht zugänglich.

Indessen möchten wir dem Blatt doch gern ein wenig behilflich sein, seine Ansicht über die schuldlosen Unternehmer zu revidieren, vielleicht redet es dann auch einmal den Unternehmern ins Gewissen, obwohl das Organ der Unternehmer nicht so leicht fällt, als wenn sie den mit färglichen Löhnen usw. bedachten Arbeitern alle Schuld der Erde aufbürden. Das Blatt möge sich also zunächst einmal folgende Mitteilung, die wir der Sächsischen Arbeiterzeitung entnehmen, ansehen:

In einer Zigarettenarbeiterinnenversammlung, die am Mittwochabend im Trianon stattfand, wurde konstatiert, daß noch über 1100 Arbeiterinnen nicht wieder eingestellt worden sind. Vom Vertrauensmann wurde Klage darüber geführt, daß einzelne Firmen nicht ehrlich sich an die Friedensbedingungen halten. Schuld daran seien vielfach die Unterbeamten. Die beiden Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, an die sich Kollege Ullig gewandt hatte, haben ohne weiteres erklärt, daß die betreffenden Betriebe, die die Friedensbedingungen nicht einhielten, selbst einen erneut ausbrechenden Kampf auszufechten hätten. Es wurde dann folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Bruch des zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschlossenen Vertrages seitens einzelner Firmen. Die Versammlung beschließt angesichts dieser Tatsache, mit allen gesetzlichen



Mitteln diesem Vertragsbruch zu begegnen; sie fordert die Anerkennung der mit dem Arbeitgeberverband vereinbarten Löhne, die Einstellung der noch ausstehenden Personen und protestiert gegen die Einstellung der nicht am Auslande beteiligten Arbeiterinnen. Die Versammlung fordert, das probierende Verhalten der Arbeitswilligen gegen die ausgesperrten Arbeiterinnen innerhalb der Fabriken unmöglich zu machen und eine anständige humane Behandlung der Arbeiterinnen zu garantieren, und ermahnt, daß die organisierte Arbeiterkraft ganz Deutschlands nach wie vor den um ihr Recht kämpfenden Dresdner Zigarettenarbeiterinnen ihre Sympathien zuwenden werde.

Eine fünfgliedrige Kommission wurde nach kurzer Debatte gewählt, die mit den hochbeimigen Arbeitgebern in Verbindung treten soll.

Wir möchten einmal sehen, wie die Unternehmerpresse über die Arbeiter herfiele, wenn sich die Arbeiter so verträglich verhalten würden, wie es hier den Unternehmern vorgeworfen wird. Hoffentlich gelingt es der Kommission, die Unternehmer zur Einhaltung der Vereinbarung zu bewegen, weil sonst nicht abzusehen ist, was weiter daraus entsteht. Für uns gewinnt es den Anschein, — wir sprechen das wohlüberlegt aus — als ob man die Arbeiter aufs neue zur Verzweiflung treiben möchte, obgleich wir die Menschennatur soweit zu kennen glauben, daß es manchem selbstherrlichen Unternehmer allerdings schwer fallen mag, Vereinbarungen resp. Zugeständnisse den Arbeitern gegenüber anzuerkennen. Dann hat aber die Gemeinschaft der Unternehmer dafür zu sorgen, daß dies dennoch geschieht, wie die Organisation der Arbeiter dafür zu sorgen hat, daß die Arbeiter streng den getroffenen Vereinbarungen nachkommen.

Freilich, gelinde Hezereien gegen die „kurzsichtigen“ Leiter der Lohnbewegung, die die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Streik getrieben haben sollen, tragen nichts dazu bei, den Unternehmern die Innehaltung der Vereinbarungen zur Pflicht zu machen. Und so werden denn die Arbeiter wieder auf sich selbst angewiesen sein, wenn sie sich das Recht dieser Vereinbarung etwa gar aufs neue sollten schwer erkämpfen müssen. Schlimm genug ist es schon, daß man die Dinge so weit trieb, daß die Arbeiter bereits wieder in Versammlungen sich verständigen müssen, was gegenüber den Vertragsbrüchigen zu tun sei.

Sollte die Deutsche Tageszeitung nach dieser Unschuldssprobe der Unternehmer noch weiter den Mut haben, gegen die Arbeiter vorzugehen, dann würden wir darauf verzichten müssen, die Rücksicht zu nehmen, die wir wirklicher Sachkenntnis pflichtgemäß entgegenbringen und die wir auch Streikern gegenüber walten lassen. Auf einen solchen Irrtum wollen wir das Blatt, das die musterhafte Haltung der kämpfenden Arbeiter während des Streiks bezeugt und sich dafür auf Gerichtsurteile beruft, hinweisen. Die Fälle, die das Gericht abgeurteilt hat und mit schweren Strafen belegte, werden im gewöhnlichen Leben als Bagatellen, streikenden Arbeitern gegenüber aber als Kapitalverbrechen behandelt. Wir registrieren daher sorgfältig diese Gerichtsurteile und der Deutschen Tageszeitung werden sie nicht unbekannt sein. Aber unvergolten bleiben alle die mindestens gleich schweren Belästigungen und Angriffe, die von „Arbeitswilligen“ gegen die Streikenden verübt wurden. Ist dies nicht auffällig?

Kurzum, die Arbeiter, mit denen Vereinbarungen getroffen wurden, werden entgegen diesen Vereinbarungen behandelt, das muß jeden gerechtigkeitsliebenden Menschen heranziehen, für die Arbeiter einzustehen, statt gegen sie aufzutreten.

## Gewerkschaftliches.

**Emmerich.** Die Firma Müller u. Co. ist für Zigarettenarbeiter wie für Sortierer gesperrt; man wende sich an die Bevollmächtigten.

**Goslar.** Der Zugang nach hier ist fernzuhalten, da sämtliche Arbeiter der Firma Hoppe entlassen sind.

Die Ortsverwaltung.

**Karlsruhe.** Die Tabakarbeiter der Firma M. Auerbach in Karlsruhe reichten am Montag, den 17. April, ihre Lohnforderung ein. Als Antwort wurde sämtlichen Tabakararbeitern gekündigt. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

**Kottbus.** Bei der Firma F. A. und Herm. Niemer (Inh.: Gebr. Wieland) bestehen Lohnunterschiede. Wir bitten den Zugang fernzuhalten.

**Neustadt i. Oberh.** Zugang nach hier ist streng zu meiden, da bei der Firma Franz Seidel zwei Kollegen wegen Lohnunterschieden entlassen worden sind und weitere Maßregelungen noch bevorstehen. Bericht folgt.

**Oederan.** Zugang nach hier ist fernzuhalten, weil von der Firma A. Reichenbach u. Co. Maßregelungen vorgenommen wurden.

**Brenzlau.** Ueber die Firma Ernst Schulz ist die Sperre verhängt. F. A.: Der Bevollmächtigte.

**Briesen.** Der Zugang nach hier ist streng fernzuhalten, da die Arbeiter der Firma Potzgießer sich im Auslande befinden.

**Ronneburg.** Das Umschauen ist verboten; die Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, mögen sich zuvor beim 1. Bevollmächtigten melden.

**Schönlauke.** Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß der Zugang fernzuhalten ist. F. A.: Der Vorstand.

**Velten.** Die Kollegen, die gewillt sind, bei der Firma A. Köppler in Velten in Arbeit zu treten, wollen sich zuvor um Auskunft an Joh. Thesof, Velten, Viktoriastr. 17, Hof II, wenden.

**Girsch-Dundersche Praktiken.** Ein nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes, von den Düsseldorf Girsch-Dunderschen verändertes Zirkular, das einem Unterbenen in die Hände fiel, gibt über einen interessanten Streit Aufschluß, der innerhalb der Gewerkschaft über die Verwendung der bei Gelegenheit des Bergarbeiterstreiks gesammelten Gelder tobt. In dem ersten Aufruf, der von Seiten der Girsch-Dunderschen veröffentlicht wurde, und zwar ging derselbe von Düsseldorf aus, wurde bekannt gemacht, daß die gesammelten Gelder in die gemeinsame Streikkasse fließen sollten. Das wollte aber der Zentralrat in Berlin nicht, er verlangte selbstständig über das Geld zu bestimmen. Als der Zentralrat dieses verfügte, hatten die Düsseldorf schon 300 Mk. an die gemeinsame Streikkasse der Bergarbeiter abgeliefert und aus dieser Handlung datiert der Streit. Die ganze Sammlung betrug 85 000 Mk. und wurden von der Summe noch 16 000 Mk. an den Girsch-Dunderschen Gewerkschaftsverein der Bergarbeiter,

zur Verteilung unter seine Mitglieder, abgeführt. Aus dem Zirkular geht nun hervor, daß sich der Zentralrat und die Düsseldorf nicht trauen. Der erstere hatte dem Gedankens Ausdruck gegeben, als wollten die Düsseldorf die Sammlungen dazu benutzen, um ein Zeitungsprojekt, das ihnen schon lange vorschwebte, zu verwirklichen. Bestimmt ist aber, daß der Gewerkschaftsverein der Maschinenbauer 9000 Mark von den Sammlungen zurückforderte und auch erhielt. Auf alle Fälle ist soviel klar, daß die Girsch-Dunderschen das gesammelte Geld nicht im Sinne der Geber verwandt haben. Die Geber wollten, das wird auch in dem Zirkular gesagt, das ganze Geld der gemeinsamen Streikkasse zuführen und keine Verpfehlung der Gelder, wie eine solche hier konstatiert wird.

**Die junge Organisation der österreichischen Tabakarbeiter** schreitet rüstig vorwärts; ihr Organ, der Tabakarbeiter, hat bereits eine Auflage von 4000, auch mußte ihm eine tschechische und eine slowenische Beilage gegeben werden. Wir wünschen der Organisation unserer Kollegen gutes Gedeihen, damit sie den mühslichen Zuständen in den kaiserlichen Fabriken scharf zu Leibe rücken kann, denn ohne die Organisation sind die Uebelstände nicht abzuschaffen.

**Der Kongress der englischen Trade Unions** wird sich in diesem Jahre mit der Neuwahl eines Sekretärs für das parlamentarische Komitee zu beschäftigen; Sam Bouds hat eine Wiederwahl definitiv abgelehnt. Drei Kandidaten kommen für diesen wichtigen Posten in Frage: Stanley von den Bergarbeitern, Seaman von den Zimmerern und Ben Tillet von den Dockern. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem verschiedene Anträge betreffend die Fabrikinspektion, das Drucksystem und der Achtstundentag für die Bergarbeiter. Die Führer der Gasarbeiter William Thorne und Pete Curran, beide Sozialisten, bringen eine Resolution zugunsten der Unentgeltlichkeit der Schule und der Lehrmittel ein; ferner fordern sie die Verwirklichung der Schule und die öffentliche Kontrolle über den Unterricht in allen Lehranstalten.

## Rundschau.

**Was das Zentrum unter einem Koalitionsrecht der Landarbeiter versteht.** Im Wahlkreis Essen findet demnächst eine Reichstagswahl statt. Von dem Zentrum ist der bekannte Arbeitersekretär Giesberts als Kandidat aufgestellt, der, um die Arbeiter für sich einzufangen, sich für die Gewährung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter und Dienstboten ausgesprochen hat. Darob herrscht in den Kreisen der Landwirte arge Verstimmung, die in einer von der katholischen Kölnischen Volkszeitung an der Spitze ihrer Nummer 582 veröffentlichten Zuschrift mit folgenden Worten beschwichtigt wird:

„Wenn es wirklich dazu käme, daß durch einen allgemeinen Ausstand der Landarbeiter die Ernte dem Verderben und Verkauf angesetzt wäre, so wird schon dafür gesorgt werden, daß ein solches Unglück nicht eintritt. An der Vergangung der Ernte haben nicht nur die Landwirte und die landwirtschaftlichen Arbeiter ein Interesse, sondern die ganze Bevölkerung; das Gemeinwohl würde verlangen, daß man in diesem Falle den Austrag von Differenzen zwischen den Landwirten und den Landarbeitern nicht den zunächst Beteiligten allein überlasse, und darum würde ganz zweifellos im gegebenen Augenblicke die Militärbehörde durch Abkommandierung von geeigneten Leuten in ausreichender Zahl verhindern, daß die Ernte verderbe oder verfaule. Das fragliche Blatt sollte daher auf seine hekerischen Uebertreibungen nur verzichten. Es wird damit keinen besonnenen Landwirt täuschen.“

Die Kölnische Volkszeitung, die diese Auslassung ohne jede Kritik abdruckt, ist demnach „grundsätzlich“ so lange für das Koalitionsrecht der Landarbeiter, als diese von dem Recht keinen Gebrauch machen. Sollten sich aber die Arbeiter einfallen lassen zu streiken, so muß sofort durch Abkommandierung von Soldaten „in ausreichender Zahl“ einem Verderben der Ernte vorgebeugt, d. h. jede Wirkung des Koalitionsrechtes aufgehoben werden. Besser kann der Wert der schönen Versprechungen des Herrn Giesberts gar nicht charakterisiert werden, als durch diesen famosen Kölner Kommentar.

**Ein Feldzug gegen die Gewerkschaften in Amerika.** Seit der kürzlichen Entscheidung des Oberbundesgerichts, die den gesetzlichen Zehnstundentag für Vädereiarbeiter im Staate Newyork für verfassungswidrig erklärte, suchen sich die Gerichte in Entscheidungen, die sich gegen die Arbeiterorganisationen richten, förmlich zu überbieten.

In der laufenden Woche sind drei richterliche Urteile ergangen, von denen jedes einzelne einen schweren Schlag gegen die Gewerkschaften darstellt. Zunächst ließ die F. R. Patch Manufacturing Co. in Rutland, Staat Vermont, auf Grund eines Gerichtsurteils nicht nur das Grundeigentum und die Haushaltungsgegenstände von 23 Mitgliedern der Gewerkschaft der Maschinenisten mit Beschlagnahme belegen, sondern auch deren Löhne, um eine Schadenersatzsumme von annähernd 3000 Dollar einzutreiben. Diese Summe war der Firma zugesprochen worden in einem Prozeß, den sie gegen die Gewerkschaft wegen Boykotts anhängig gemacht hatte. Schadenersatzprozesse infolge Streiks und Boykotts sind hierzulande seit dem bekannten Laff Vale-Urteil nichts neues, aber bis jetzt hatte noch kein Gericht gewagt, auch die Beschlagnahme der Löhne auszusprechen.

Der zweite Prozeß spielte in Newjersey. Die Legislatur dieses Staates hatte ein Gesetz angenommen, das das Unionlabel (Kontrollmarke) schützt, dessen Nachahmung für strafbar erklärt und ferner verfügt, daß die Strafe (Geldbuße von 200—300 Dollar) dem Fonds der Union zufällt. Ein Zigarettenfabrikant in Newark hatte ein gefälschtes Label der Zigarettenarbeitergewerkschaft verwendet. Eine Anzeige der Gewerkschaft hatte die Verurteilung des betreffenden Fabrikanten in den unteren Instanzen zur Folge. Eine Appellation an das Appellationsgericht des Staates Newjersey führte zur Umstufung der früher ergangenen Urteile. Das Appellationsgericht bezeichnete das betreffende Gesetz, das das Label vor Nachahmung schützte, als unkonstitutionell, „weil es die geschädigte Person im Widerspruch mit der Verfassung ermächtigt, für den erlittenen Schaden obendrein eine Strafe festzusetzen und dieselbe einzuziehen.“

Der dritte Prozeß spielte im Staate Massachusetts. Beamte der Boot u. Shoe Workers Union (Schuhmacher-Gewerkschaft) hatte mit der Schuhfabrik Hagen G. Goodrich u. Co. in Haverhill eine schriftliche Vereinbarung getroffen, laut welcher die Firma nur Mitglieder der Schuhmacher-Gewerkschaft beschäftigen darf. Ein Schuhmacher namens Berry, der keiner Gewerkschaft angehörte, ward

infolge des Abkommens entlassen. Der Entlassene verklagte die Gewerkschaft auf Schadenersatz. Die erste Instanz sprach ihm 1500 Dollar Entschädigung zu, gegen welches Urteil die Gewerkschaft Berufung einlegte. Die Supreme Court wies die Berufung ab, weil die Abmachung mit der Firma, nur Gewerkschaftler zu beschäftigen, die Konkurrenz unterdrücke und ein Monopol schaffe.

## Berichte.

**Achim.** Am 9. Juli tagte die Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle. Die Abrechnung vom 2. Quartal wurde verlesen und von den Revisoren für richtig befunden. An diese Abrechnung knüpfte sich eine Debatte; Kollege Käfer gab einige Zahlen darüber an, wie der Verband im Jahre 1904 gearbeitet hat. Diese Zahlen sind von großer Bedeutung. Weiber schloß uns ja die spezifizierten Abrechnung, aber eines ist klar: daß es mit der Krankenunterstützung nicht so weitergehen kann, denn wir hatten im Jahre 1904 eine Gesamttausgabe von 3854,04 Mark, davon allein für Kranken- resp. Wöchnerinnenunterstützung 1949,57 Mark, also über die Hälfte der Gesamttausgabe. Hierzu sprachen noch Käfer und Keiners; sie waren alle darin einig, daß die nächste Generalversammlung Stellung dazu nimmt, denn die Sache geht so nicht weiter. Es wurde dann gerügt, daß der Hauptvorstand noch keinen Jahresbericht im Tabak-Arbeiter veröffentlicht hat. Keiners stellte den Antrag, zu der nächsten Mitgliederversammlung den Kollegen Reichmann einzuladen, der einen Vortrag in dieser Sache halten soll. Unter Punkt Verschiedenes wurden noch einige lokale Angelegenheiten verhandelt, wozu die Kollegen Meier und Blom sprachen. In dieser Versammlung konnte man so recht wieder sehen, welches Interesse bei den Kollegen in Achim vorhanden ist, sich gegenseitig aufzuklären. Es war zwar Schützenfest, aber man sollte denken, die Stunden wären wohl übrig gewesen, um die Versammlung besuchen zu können. Viele Kollegen denken, es ist genug, daß wir bezahlen, was sollen wir da noch hingehen. Aber auch die aufklärtesten Kollegen, die im politischen Leben an der Spitze stehen, kommen auch selten. Was soll man da noch von den andern sagen? Da heißt es immer, die Sache wird schon gemacht werden; ist es aber nicht nach ihrem Willen ausgefallen, dann können sie kritisieren, dann hört man mitunter: „Wir“ ich dagewesen, wär's anders gekommen.“ Die Achimer Tabakarbeiter werden nicht eher klüger, bis sie auf der Straße liegen. Es ist doch traurig, wenn von 189 Mitgliedern 10 in der Versammlung sind. Tabakarbeiter Achims, wann legt Ihr eure Interessenslosigkeit dem Verbands gegenüber ab? Ihr habt doch für so manche andre Sache Interesse.

**Dresden.** Nachlänge vom Kampf in der Zigarettenindustrie. Wieder waren zwei Streikführerinnen angeklagt, gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstoßen und Arbeitswillige beleidigt zu haben. Die Zigarettenarbeiterin Marie Jlsche hat am 5. Juni die Schloßherrschefrau Anna Maria Wünsche vor der Fabrik Spirius angehalten und gefragt, ob sie Hausarbeit geholt habe. Darauf hat ihr die Wünsche geantwortet, das gebe sie doch gar nichts an. Sie (die Streikenden) sollten doch lieber arbeiten, sie verdienen ja genug. Nach den Angaben der Angeklagten soll die W. sogar gefaßt haben: „Ihr faulen Hunde wollt bloß nichts machen, arbeitet lieber!“ Das bestreitet die W., beschuldigt aber die Angeklagte, daß diese zu ihr gesagt habe: „Schämten Sie sich nicht, hier Arbeit zu holen, wo gestreift wird. Ich werde Ihnen die Arbeit durch den Gendarmen aus dem Hause holen lassen!“ So will sich wieder die Angeklagte nicht ausgedrückt, sondern sie will auf den Streik hingewiesen haben. Aber eine weitere Zeugin stellt den Vorgang so wie die Wünsche dar. Diese zweite Zeugin, eine Arbeiterchefrau Berta König, hat keine Streitarbeit gemacht, sondern ist nur mit der Wünsche gegangen, um ihr als Schutz gegen etwaige Ausdringlichkeiten Streikender zu dienen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Oppermann, war im vorliegenden Falle der Ansicht, daß § 153 der Gewerbeordnung um deswillen keine Anwendung finden könnte, weil die Zeugin Wünsche nicht als gewerbliche Arbeiterin, sondern als Hausgewerbetreibende angesehen werden müsse, gegen die der § 153 einen besonders Schutz nicht vorsehe. Es könnte deshalb höchstens Beleidigung in Betracht kommen. Das Gericht hat aber die Zeugin, obwohl Hausarbeiterin, als gewerbliche Arbeiterin angesehen und deshalb den § 153 mit in Anwendung gebracht. Die Strafe wurde auf 1 Woche Gefängnis bemessen. Nachdem der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Ginsberg, schon seiner Bestürzung Ausdruck gegeben hatte, daß bei diesem Streik, wie bei keinem andern, so viel Straffälle zu verzeichnen sind, jagte er in der Urteilsbegründung, es sei ein unerträglich Zustand, daß die Streikenden für sich volle Freiheit in Anspruch nehmen, aber auf der andern Seite terrorisierten.

In einer weiteren Verhandlung war die Zigarettenarbeiterin Anna Stolle angeklagt, die Musikdirektorchefrau Fint und deren Tochter, die beide während des Streiks für die Alexandria gearbeitet hätten, beleidigt zu haben. Als die Zeuginen am 9. Juni die Wettinerstraße entlang gegangen, sind hinter ihnen die Rufe „Streikbrecher“ gefallen. Von einer unbeteiligten Frau sind die F. und deren Tochter darauf aufmerksam gemacht worden, daß mit dem „Streikbrecher“ sie gemeint seien. Darauf haben sich die Zeuginen der Seite zugewandt, von wo die Beleidigung zugerufen wurde, und haben die Angeklagte gehen sehen, während eine ihrer Begleiterinnen sich aus dem Staube gemacht hat. Ohne weiteres ist die Angeklagte als die Außerer verächtlich, angezeigt und gegen sie Strafantrag gestellt worden. Unter ihrem Zeugeneide müssen aber die Zeuginen gehen, daß sie in der Angeklagten die Außerer nur vermuten. Diese Bestreitung es, ist aber auch anständig genug, den Namen der flüchtig Genannten, die jedenfalls die Uebelstäterin gewesen ist, nicht zu nennen. Da sonach die Beweisaufnahme ein ganz negatives Resultat ergeben hatte, beantragte der Verteidiger, Rechtsanwalt Oppermann, neben der selbstverständlichen Freisprechung den Zeuginen Fint und Tochter die Kosten, die die Angeklagte gehabt hat, aufzulegen. Sie hätten von Anfang an gewußt, daß sie der Angeklagten nichts nachweisen könnten. Ihre Anzeige beruhe deshalb auf grober Fahrlässigkeit. Die Bezahlung dieser Kosten wäre jedenfalls den Zeuginen nicht schwer gefallen, denn ihrem ganzen Aushern nach scheinen sie außerordentlich gut zu leben, was wohl der gute Verdienst des Herrn Fint als Musikdirektor der Musikhalle in Ostbatu ermöglichen mag. Allein das Gericht hat dem Antrage des Verteidigers nicht entsprochen, sondern nur einfach auf Freisprechung erlitten.

**Frankenberg i. S.** Am 13. Juli tagte im Stadtpark eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal; 2. Innere Vereinsangelegenheiten. Zu Punkt 1 verlas der Kassierer Emil G o f m a n n die Abrechnung; aus derselben ist ersichtlich, daß an Arbeitslose 30.10 Mk., an Kranke 273.60 Mk., an Wöchnerinnen 80 Mk., an Unzugsgeld 34.60 Mk. verausgabt sind. Die Abrechnung ist geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wird Dedargue erteilt. Zu Punkt 2 wurden die Kollegen Karl R a h l und Richard K ü h n als Kartellbelegierte gewählt. Hierauf wird vom Bevollmächtigten F i n t e die Agitation zur Sprache gebracht. Die Mitgliederzahl ist von 298 auf 341 gestiegen; der Verband habe gutes geleistet, hauptsächlich in den letzten zwei Jahren. Nun müsse in der Agitation eine Aenderung eintreten. Er macht den Vorschlag, daß für künftigen Bezirksämter angestellt werden. Diesem Vorschlag wurde von der Versammlung zugestimmt, der als wesentlicher Fortschritt bezeichnet werden kann; bei der Wahl müßten Leute getroffen werden, die das Talent und die Fähigkeiten haben, um künftig agitatorisch wirken zu können. Dann wurde noch das Verhalten einiger Kollegen der Zigarettenfabrik Sch... einer Kritik unterzogen, die sich in bezug auf eine Liste während des Dresdner Zigarettenarbeiterstreiks sehr nobel gezeigt haben.